

INFOPERU88

Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.

Inhaltsverzeichnis

1. [Editorial No 88 \(Hildegard Willer\)](#)
2. [Entwickelt sich Peru zu einem Polizeistaat? \(Pilar Arroyo\)](#)
3. ["Wir sind einfach ein Volk, das für seine Rechte demonstriert" \(Mariella Schmidt\)](#)
4. [Petition gegen Schließung des Lugar de la Memoria](#)
5. [Braucht Peru eine neue Verfassung? \(Hildegard Willer\)](#)
6. [Kurz gemeldet – April 2023](#)
7. [Sechs Jahre nach El Niño: Die Katastrophe wiederholt sich \(Renato Pajuelo\)](#)
8. [Peruanisches Bio nur für den Export \(Heinz Schulze\)](#)
9. [Wie Perus Kokainwirtschaft indigene Amazonasbewohner*innen bedroht. Interview mit Ricardo Soberón \(Esteban Acuña\)](#)
10. [Frausein in Peru 2023 \(Norma Driever\)](#)
11. [Feministische Entwicklungspolitik mit Potential \(Kathrin Sommerfeld\)](#)
12. [EU-Lieferkettengesetz: Jetzt kommt es drauf an](#)
13. [Ankündigungen und Hinweise - April 2023](#)
14. [ISP-News – April 2023](#)

1. Editorial No 88

Liebe Leserin, lieber Leser,

in Peru haben wir drei aufregende Monate hinter uns: zuerst der überraschende Putschversuch Pedro Castillos und dessen Absetzung durch das Parlament.

Die Amtsübernahme der Vizepräsidentin Dina Boluarte. Die Proteste, die von Südperu ausgingen, und im Januar und Februar auch die Hauptstadt erreichten. Wochenlang waren die Straßen halb Perus blockiert, Regionalflughäfen geschlossen. Die Proteste hinterließen einen Saldo von 49 von Polizei und Militär erschossenen junge Demonstranten, 10 weiteren Todesopfern und 6 tote Soldaten.

In anderen Ländern hätte mindestens der Innenminister*in zurücktreten müssen. In Peru geschah nichts. Präsidentin Boluarte beglückwünschte sogar die Polizei. Offizielle Untersuchungsergebnisse der Todesfälle lassen auf sich warten.

Die Repression, die polizeiliche Verfolgung von Demonstranten und jedem, der sie unterstützte, und schließlich auch die Notwendigkeit der Demonstranten, wieder Geld verdienen zu müssen, haben die Proteste heute fast zum Erliegen gebracht. Stundenweise legen die Marktfrauen in Puno und Juliaca aus Protest ihre Arbeit nieder. Aber in Lima und dem Rest Perus scheint das Leben weiterzugehen wie vorher.

Auf den ersten Blick mag es erscheinen, als ob die Proteste nichts gebracht hätten: keine der Forderungen ist aufgenommen worden. Die Regierung und Kongress scheren sich einen Deut um ihre negativen Umfragewerte und wollen turnusgemäß bis 2026 im Amt bleiben. Die Regierung in Lima deutet die anscheinende Ruhe als Sieg über die aufständischen „Indios“ aus dem Süden.

Doch die Ruhe ist trügerisch. Die Wut, die Empörung, die Trauer sind weiterhin mächtig und werden sich Bahn brechen. Sei es in kleinen lokalen Protesten oder im nächsten „Marsch auf Lima“. Wahr ist aber auch, dass Puno oder Cusco alleine keinen Politikwechsel erreichen können. Für den Erfolg der Forderungen braucht es die Unterstützung anderer Regionen und der Hauptstadtbevölkerung, die ein Drittel aller Peruaner*innen ausmacht. Doch wenn die Proteste den Samen gelegt haben für eine neue politische, landesweite Kraft der indigenen Quechua und Aymara, so wäre dies ein großer Fortschritt auf dem Weg zu einer Demokratie, die die Diversität nicht mehr diskriminiert sondern anerkennt.

Die politischen Geschehnisse der letzten Monate werfen viele Fragen auf, denen wir mit zwei Veranstaltungen nachgehen wollen. Im Online-Podium [„Politische Krise und indigener Widerstand“](#) am 26. April und am [Peru-Seminar vom 5. – 7. Mai](#) in Köln (auch online-Teilnahme möglich) werden wir mit kundigen Gesprächspartner*innen eine vorläufige Bilanz der sozialen Proteste ziehen. Ich hoffe, Sie können dabei sein.

Hildegard Willer

Redakteurin InfoPeru



©Vera Lentz

2. Entwickelt sich Peru zu einem Polizeistaat?

In Peru scheint eine Regierungskoalition ihre Machtposition zu festigen, die versucht, eine starke antidemokratische Kontrolle über die Bürger*innen auszuüben. Diese Koalition besteht aus Regierung, Kongress, Streitkräften und Polizei, Wirtschaft, Medien, Staatsanwaltschaft, Justiz und Verfassungsgericht.

Der autoritäre Charakter des Regimes wird dabei immer deutlicher:

1. Das Recht auf Demonstrationsfreiheit wird verweigert.

Dies ist ein wesentliches Recht in jeder Demokratie. Von Anfang an wurde versucht, die im Dezember 2022 begonnenen Proteste zu diskreditieren, indem sie als terroristischer Aufstand dargestellt wurden, der nur Chaos stiften und dem Kommunismus an die Macht verhelfen wolle. In der Folge wurde eine militärisch-polizeiliche Antwort auf ein im Wesentlichen politisches Problem gegeben, nämlich die Forderung nach vorgezogenen Wahlen im Jahr 2023. Der Staat wendete unverhältnismäßig und willkürlich Gewalt an, was von den offiziellen Medien totgeschwiegen wurde. Alternative peruanische und zahlreiche internationale Medien und Organisationen hingegen haben die Gewalt kritisiert.

2. Staatsanwaltschaft und Justiz werden für die Verfolgung von Demonstrierenden und Dissidenten instrumentalisiert.

Den Protestierenden werden Verbrechen vorgeworfen, die sie nicht begangen haben. Der vielleicht willkürlichste Fall ist der von Yaneth Navarro aus Andahuaylas: Sie wurde in Lima verhaftet, weil sie 1.916 Soles für medizinische Versorgung, Lebensmittel und Mobilität der Demonstrierenden verteilt hatte. Sie wurde zu 30 Monaten Untersuchungshaft verurteilt für etwas, das kein Verbrechen ist.

Dieselbe Staatsanwaltschaft und die Justiz haben dagegen nur neun Monate Untersuchungshaft gegen den Kongressabgeordneten Freddy Diaz wegen Vergewaltigung verhängt; und neun Monate Untersuchungshaft gegen die Attentäter, die eine ganze Familie (sechs Personen, in der Nähe der Plaza San Miguel in Lima) ermordet haben. Die Unverhältnismäßigkeit ist offensichtlich und macht deutlich, dass die Verurteilung von Frau Navarro dem politischen Ziel dient, die Demonstrierenden einzuschüchtern.

Der Polizist John Torres Yataco, Mitglied der Spezialeinheit USE, kündigte am Tag nach dem Massaker von Juliaca seine Anstellung bei der Nationalpolizei PNP mit den Worten "Ich schäme mich für das Massaker" und forderte in einem Video Präsidentin Boluarte zum Rücktritt auf. Dafür soll er vor einem Militär- und Polizeigericht zu einer Haftstrafe verurteilt werden. So soll verhindert werden, dass andere Polizisten seinem mutigen Beispiel folgen.

Aus verschiedenen Teilen des Landes, vor allem aus den südlichen Anden, wird von willkürlichen Verhaftungen berichtet. Es werden angebliche Beweise gestreut und Gefängnisstrafen für Personen verhängt, deren einziges "Verbrechen" darin bestand, sich an Demonstrationen zu beteiligen, wie im Fall der vier jungen Männer aus der Gemeinde Cuyo Grande in Pisac, Cusco: Richard Camala (22), Ferdinan Huacanqui (33), Redy Huamán (20) und Joel Hivallanca (20). Auch in Chiclayo wurden die Anführer der Demonstrationen strafrechtlich verfolgt.

3. Polizeieinsätze verhindern Solidarität mit den Demonstrierenden.

Die Polizei hat in Lima mit verschiedenen Aktionen Menschen schikaniert, die sich mit den aus den Provinzen angereisten Protestierenden solidarisierten. Verschiedene Gruppen, Nichtregierungsorganisationen und Kirchengemeinden kümmerten sich um die Unterbringung der ankommenden Protestierenden und organisierten Spendensammlungen von Geld, Lebensmitteln, Medikamenten und Kleidung.

Die meisten von ihnen erhielten Besuch von der Polizei, manche von der Staatsanwaltschaft. Sie haben keine Straftat begangen, aber man wollte ihnen weismachen, dass sie der Komplizenschaft mit Terroristen oder Vandalen angeklagt werden könnten, die sich bei allen Protesten unter die Demonstrationen mischen. Leider ist es damit gelungen, Menschen zu verängstigen, die sich mit

den Protesten solidarisieren wollten. So wurde die Aufnahme von Bürger*innen aus den Provinzen erschwert.

Ganz anders wird dagegen Jorge Lazarte behandelt, einem Geschäftsmann, der 800.000 Soles gesammelt hat, um sich mit der Polizei zu solidarisieren, oder besser gesagt, um die polizeiliche Repression zu finanzieren. Lazarte erklärte in einem Interview: "Hören wir auf, uns vor dem Wort Tod zu fürchten. 50 Tote, das ist doch in Ordnung."

4. Die Regierung will das Strafmaß für die Zeit der Proteste erhöhen.

Präsidentin Boluarte und Premierminister Otárola haben einen Dringlichkeitsantrag in den Kongress eingebracht, der eine Verschärfung der Strafen für Straftaten während des Ausnahmezustands zum Ziel hat. Das Ziel ist klar: Die Bürger sollen davon abgehalten werden, sich an Demonstrationen gegen die Regierungskoalition zu beteiligen. So sollen leichte Körperverletzung mit acht bis 14 Jahren (bisher zwei bis fünf Jahre), schwere Sachbeschädigung mit vier bis acht Jahren (bisher ein bis sechs Jahre) und Krawalle mit mindestens 15 Jahren (bisher sechs bis acht Jahre) bestraft werden.

Der Gesetzentwurf sieht außerdem eine Verlängerung des Polizeigewahrsams auf 48 Stunden und sofortige Gerichtsverfahren für die Verhafteten vor.

5. Die Regierungskoalition erkennt das Recht des Volkes auf politische Partizipation nicht an.

Verschiedene Sprecher der Koalition tun die aktuellen Proteste als "politisch" ab. Boluarte erklärte der Bevölkerung wiederholt, dass sie bereit sei, über ihre sozialen Forderungen zu sprechen, nicht aber über politische. Die Bevölkerung wird von der Regierungskoalition offensichtlich als Empfängerin von Sozialprogrammen, nicht aber als politische Subjekte gesehen.

In den Worten eines Rondero-Führers aus Calca (Cusco), dessen Name aus Sicherheitsgründen nicht genannt wird, "handelt es sich um den Protest von Gemeinschaften indigener Völker, die diskriminiert werden und denen der Staat keine Beachtung schenkt. Es gibt keinen Respekt. Wir werden gedemütigt, weil wir Bauern, Landwirte, Viehzüchter sind. Das ist eine absolute Verhöhnung. Das ist ungeheuerlich, aber es macht uns stärker".

Die Missachtung geht sogar so weit, dass eine der aktuellen Forderungen, nämlich die Bildung einer verfassungsgebenden Versammlung zur Änderung der Verfassung von 1993, als terroristische Stimmungsmache bezeichnet wird. Dies wurde von einem Staatsanwalt in Ayacucho und auch von einem hochrangigen Polizeichef so geäußert. Dabei ignorieren sie die Tatsache, dass es in Lateinamerika Teil des demokratischen Spiels ist, die Verfassung zu ändern. So hatte die Dominikanische Republik bereits 32 Verfassungen, Ecuador 20, Peru zwölf und Chile und Kolumbien zehn.

6. Die Bürgerbeauftragte (Defensora del Pueblo) soll abgesetzt, die Wahlorgane sollen kontrolliert werden.

Die Ombudsstelle Defensoría del Pueblo, die von Dr. Eliana Revollar geleitet wird, war eine der wenigen staatlichen Institutionen, die in der schweren Krise, die wir gerade durchmachen, ihrer Verantwortung gerecht geworden sind. Ihre Arbeit hat der Regierungskoalition jedoch missfallen. So gefiel es ihnen beispielsweise nicht, dass die Ombudsstelle darauf hinwies, dass "eine unverhältnismäßige Gewaltanwendung" stattfindet und "die Sensibilität für die Wertschätzung des Lebens verloren gegangen ist (...). Der Tod von Menschen bei Protesten ist kein ‚sozialer Preis‘ oder ‚Kollateralschaden‘. Er ist ein irreparabler Schaden, der die Familien in tiefe Trauer stürzt und die emotionale und kulturelle Kluft zwischen uns allen vertieft".

Deshalb will der Kongress jetzt einen Nachfolger benennen. Und dafür hat er dieser Tage „ein bisschen Unterstützung“ vom Verfassungsgericht erhalten. Dazu muss man wissen, dass von den sieben Mitgliedern des Verfassungsgerichts sechs vom gegenwärtigen Kongress ernannt worden sind. In zahlreichen Fällen hat dieses Gericht in Abstimmung mit dem Kongress gehandelt. Am 23. Februar ermächtigten sie den Kongress, sich über das gerichtliche Verbot hinwegzusetzen, das ihnen untersagt, die Bürgerbeauftragte abzusetzen und einen neuen Bürgerbeauftragten zu ernennen. Außerdem fordert das Verfassungsgericht den Kongress auf, Artikel 99 der Verfassung so zu ändern, dass die Leiter der Wahlorgane (JNE, RENIEC, ONPE) angeklagt werden können, was ihre Unabhängigkeit gefährdet.

Wie mehrere Juristen und Analysten bereits kritisierten, verletzen diese jüngsten Urteile des Verfassungsgerichts die Gewaltenteilung, Bestandteil jeder Demokratie, und befreien den Kongress von jeglicher verfassungsmäßigen Kontrolle. Die ehemalige Präsidentin des Verfassungsgerichts, Marianella Ledesma, hat dies in einem im Internet kursierenden Video scharf verurteilt.

7. Falschinformationen werden verbreitet.

Bekanntlich haben wir Peruaner*innen zwei große nationale Traumata: den Krieg mit Chile und die Zeit des Terrorismus. Die Regierungskoalition hat mit einigem Erfolg das Schreckgespenst des Terrorismus wiederbelebt, vor allem in der Hauptstadt, um Angst zu erzeugen und zu verhindern, dass Lima massenhaft Solidarität mit denjenigen zeigt, die in die Stadt gekommen sind, um gehört zu werden. In der offiziellen Darstellung sind die Demonstrationen das Werk der Terrororganisation Sendero Luminoso. So erklärte der Leiter der Nationalen Direktion für Terrorismusbekämpfung (DIRCOTE), General José Zavala, in einem Interview mit Peru 21, ohne Beweise vorzulegen, dass "Sendero Luminoso überall im Land ist".

Und die Monopolpresse zeigt nur die Gewalttaten bei Demonstrationen. Diese Woche haben sie zum Beispiel die verschiedenen friedlichen Demonstrationen ignoriert, die stattgefunden haben. In Puno versammelten sich mehr als 20.000 Menschen, ohne dass es zu einer einzigen Gewalttat

kam, aber das gibt es für sie nicht. Ihr Ziel ist es, die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen. Das ist ihnen teilweise gelungen.

Was in unserem Land geschieht, ist sehr ernst. Die Demonstrierenden haben Recht, wenn sie skandieren: "Diese Demokratie ist keine Demokratie mehr!" Viele scheinen jedoch nicht zu erkennen, dass die Regierungskoalition einen zunehmend autoritären Weg eingeschlagen hat. Wir tun nichts dagegen. Noch ist Zeit.

Pilar Arroyo, IBC Coyuntura 27. Februar 2023

Leicht gekürzte Übersetzung: Annette Brox

3. "Wir sind einfach ein Volk, das für seine Rechte demonstriert"

Ana Isabel aus Puno und Arnold aus Cusco berichten, warum sie bis nach Lima gekommen sind, um zu demonstrieren.

Die Proteste gegen die Regierung Boluarte sind schwächer geworden, aber sie dauern an. Mariella Schmidt, die derzeit als Freiwillige in Lima arbeitet, ist beeindruckt vom Engagement der Menschen, die aus den Provinzen nach Lima gekommen sind, um zu protestieren. Sie hat mit vielen Protestierenden gesprochen. Zwei am Telefon geführte Gespräche hat sie mit Unterstützung von Karla Fisch, einer ehemaligen Freiwilligen, für InfoPeru dokumentiert.

Ana Isabel Aguilar: „Es fühlt sich an wie eine Diktatur“

Ich bin Ana Isabel Aguilar Marin aus der Region Puno, Provinz Lampa. Dort bin ich regionale Präsidentin der Bauernvereinigung. Meine Landsleute und ich sind zusammen nach Lima gereist, um gegen die Unterdrückung und den Machtmissbrauch des Staates und für unsere Rechte zu protestieren.

Seit dem 7.12. sind wir – vor allem Quechua und Aymara Sprechende – sehr unzufrieden, weil Pedro Castillo, vom Volk gewählt, entführt wurde. Wir fühlen uns vom Staat im Stich gelassen. Die nationale Presse unterstützt ebenfalls den Staat und nicht uns. Es fühlt sich an wie eine Diktatur.

Durch das Protestieren in der Hauptstadt erhoffen wir uns internationale Aufmerksamkeit, und dass wir endlich gehört werden, dass Menschen durch alternative und internationale Presse die Wahrheit erfahren und wir nicht als Kriminelle dargestellt werden, indem z. B. behauptet wird, wir hätten einen Polizisten verbrannt.

Im Januar dieses Jahres haben wir uns dann zusammengeschlossen um nach Lima zu fahren. Viele Menschen haben uns dafür Geld und Sachspenden mitgegeben, ca. 90.000 Soles sind zusammengekommen. In Lima waren wir dann ungefähr einen Monat, in dem es viele Verletzte oder zu Unrecht Festgenommene gab. Viele wurden dadurch verletzt, dass die Polizei z.B. mit Tränengasbomben direkt auf Körperteile wie den Kopf gezielt hat, was besonders viel Schaden anrichtet.

Ich wünsche mir, dass wir von der internationalen Presse gehört werden, unsere Mitmenschen auf der ganzen Welt uns hören und nicht wegschauen, und dass so Dina Boluarte zurücktritt und Verantwortung für das Handeln ihrer Regierung übernimmt.

Wir sind nämlich keine Terroristen oder Kriminelle. Wir sind einfach nur ein Volk, das für seine Rechte demonstriert und Gerechtigkeit will.



Proteste in Lima, Februar 2023. ©Vera Lentz

Arnold Aquiles Delgado Meza: „Ich kann nicht mehr wegsehen“

Ich bin Arnold Aquiles Delgado Meza, gelernter Psychologe aus Ollantaytambo in der Region Cusco. Vor drei Monaten kam ich mit einer Gruppe von 31 Personen aus meiner Heimatstadt Ollantaytambo nach Lima. Wir hatten uns seit Dezember 2022 zusammengetan und zuerst vor Ort protestiert und sind dann im Januar mit der Unterstützung unseres Dorfes in die Hauptstadt gereist, um die Proteste unserer Brüder und Schwestern zu unterstützen.

Ich nehme an der Protestbewegung teil, da ich lange wenig aktiv war, jetzt aber die soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit gesehen habe und nicht mehr wegsehen kann.

In den fast drei Monaten hier in Lima habe ich unfassbar vieles von den Aktivist*innen über soziale Gerechtigkeit gelernt. Mit ihnen zu kämpfen und sie zu unterstützen gibt mir das Gefühl nicht machtlos gegenüber dieser Unterdrückung und Ungerechtigkeit zu sein.

Da ich mich in Ollantaytambo andine Naturheilkunde praktiziere und Psychologie studiert habe, engagiere ich mich in Lima vor allem in der medizinischen und psychologischen Betreuung der Menschen. Viele sind traumatisiert von der Gewalt, den prekären Lebensbedingungen und verletzt durch die Tränengasbomben, die auf die Demonstrant*innen geworfen werden.

Viele von uns kämpfen für und wünschen sich einen transparenten Dialog zwischen Regierung und der Bevölkerung. Ich wünsche mir, dass die Regierung die Rechte und Meinungen der Bevölkerung aus den Provinzen hört und vor allem eine bessere Bildung für alle ermöglicht, die kulturelle Vielfalt Perus anerkennt und den Willen der Bevölkerung repräsentiert. Viele Menschen fordern auch eine strafrechtliche Untersuchung des Vorgehens der Regierung gegen die Demonstrierenden und den Rücktritt von Präsidentin Dina Boluarte.

Für die Zukunft wünsche ich mir mehr Zusammenhalt und Solidarität mit den Aktivist*innen und innerhalb der Gesellschaft. Wir müssen einander unterstützen und Hand in Hand zusammenarbeiten und die Stimmen aller hören und vor allem aufhören uns gegenseitig zu entmenschlichen und weiter zu spalten.

Hierzu kann jeder einzelne auf seine eigene Art und Weise beitragen, zum Beispiel durch das Verbreiten der Informationen über die gewaltsame Repression bei den Protesten gegen die Regierung in Lima und im gesamten Land.

Zusammengestellt und übersetzt von Mariella Schmidt



©LUM – Ojo Publico

4. Petition gegen Schließung des Lugar de la Memoria

Die Gedenkstätte für die Opfer des Bürgerkrieges in Lima wurde auch mit deutschen Geldern finanziert.

Am Nachmittag des 28. März besuchten rund 20 Inspektoren des Bezirksbürgermeisteramtes von Miraflores das Museum zum Gedenken der Opfer des peruanischen Bürgerkrieges „Lugar de la Memoria“ (LUM) und erklärten die Schließung der Gedenkstätte. So erzählt es das unabhängige Nachrichtenportal [Ojo Publico](#).

Am Morgen desselben Tages waren die Inspektoren bereits unangemeldet gekommen und hatten die Sicherheitsunterlagen geprüft. Wie die allermeisten Museen Perus konnte auch der „Lugar de la Memoria“ das verlangte Sicherheitszertifikat nicht vorweisen, weil sein Budget in den letzten Jahren immer mehr zusammengestrichen worden war.

Für die beiden darauf folgenden Abende waren zwei Veranstaltungen im LUM angekündigt, die beide Kritik an der Regierung von Dina Boluarte üben: der Jahresbericht von amnesty international (amnesty hat u.a. die 60 Erschießungen während der sozialen Proteste seit Dezember untersucht), sowie die Vorstellung eines bergbaukritischen Buchs der NGO Cooperaccion. Beide Veranstaltungen konnten kurzfristig einen anderen Ort finden.

Für den Direktor des LUM, den Historiker Manuel Burga, erfolgte die Schließung des LUM überraschend und willkürlich. Zahlreiche Politiker, Intellektuelle oder Journalisten kritisierten die Schließung der Gedenkstätte, die nicht nur die Geschichte des jüngsten internen Konflikts

zwischen Leuchtendem Pfad und den peruanischen Streitkräften in einer multimedialen Ausstellung näherbringt. Der Ort selbst – direkt über den Klippen über dem Pazifik im Distrikt Miraflores gelegen – ist ein viel genutzter Raum für kulturelle und soziale Veranstaltungen.

Ganz unangekündigt kam die Schließung jedoch nicht. Bereits im Januar hatte der neu eingesetzte Oberbürgermeister von Lima, der rechtskonservative Rafael Lopez Aliaga, die Meinung kundgetan, dass das Militär das Museum übernehmen sollte, um deren Version der jüngsten Geschichte darzustellen.

Carlos Canales, der ebenfalls neu eingesetzte Bürgermeister des Distriktes Miraflores, gehört derselben rechtskonservativen Partei „Renovacion Popular“ an wie Lopez Aliaga.

“Diese Entscheidung ist eindeutig eine Zensur durch die Behörden, die in Lima regieren, um die Erinnerung zum Schweigen zu bringen (...)“, sagte die Kongressabgeordnete Ruth Luque.

Die Nationale Menschenrechtskoordination (CNDDHH), CooperAcción, Onamiap und das Institut für Demokratie und Menschenrechte der Katholischen Universität von Peru (IDEHPUCP) verurteilten in ihren Stellungnahmen die Schließung des LUM.

Der „Lugar de la Memoria“ wurde 2015 nach langen Diskussionen über die inhaltliche Ausrichtung eröffnet. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat den Bau des LUM mitfinanziert.

Auf change.org wurde eine [Petition](#) zur sofortigen Wiedereröffnung des LUM gestartet. Wir bitten Sie und Euch, die Petition zu unterschreiben und weiterzuverbreiten. Danke!

5. Braucht Peru eine neue Verfassung?

Warum einige in Peru für eine neue Verfassung auf die Straße gehen – und andere finden, dies würde Perus ins Chaos stürzen.

Seit mehreren Jahren steht der Wunsch nach einer neuen Verfassung Perus im Raum. Die Forderung nach einer verfassungsgebenden Versammlung wird vor allem von linken Gruppierungen eingebracht. Ex-Präsident Pedro Castillo hatte die Ausarbeitung einer neuen Verfassung auf seiner Agenda – der Kongress lehnte dieses Ansinnen jedoch ab.

Als die Proteste nach dem Selbstputsch von Castillo im Dezember 2022 ausbrachen, war immer wieder der Ruf „Asamblea Constituyente“ – „Verfassungsgebende Versammlung“ zu hören. Die linke Partei Peru Libre – mit der Castillo an die Macht gekommen war – knüpfte ihre Zustimmung für vorgezogene Neuwahlen an eine gleichzeitige Abstimmung über eine verfassungsgebende Versammlung – und trug damit auch zum Boykott baldiger Neuwahlen bei.

Doch die meisten Peruaner*innen finden, dass ihre alte Verfassung in dieser Form nicht mehr taugt. Bei der letzten Umfrage des Instituto de Estudios Peruanos im Februar 2023 haben sich 36% der Befragten für eine neue Verfassung ausgesprochen. 46% wollten die bisherige Verfassung modifizieren.

Der Streit, ob Peru eine neue Verfassung braucht, wird Peru weiterhin beschäftigen. Doch worum geht es hier eigentlich? Warum sehen einige in einer neuen Verfassung die Möglichkeit zur politischen Erneuerung und andere darin den Anfang vom Ende des peruanischen Erfolgsmodells?

Die heute gültige Verfassung von 1993 wurde von Alberto Fujimori nach dessen Selbstputsch – also der Schließung der beiden Kammern der Legislative – in Auftrag gegeben, von einer gewählten Versammlung, in der die „Fujimoristas“ die Mehrheit stellten, erarbeitet und am 31. August 1993 in einem Volksentscheid von 52% der Peruaner*innen angenommen. Für viele Gegner der jetzigen Verfassung ist deren Entstehung unter einem autoritären Regime ein grundsätzlicher Makel. Als die Verfassung 1993 verabschiedet wurde, steckte den Peruaner*innen die Erfahrung von Hyperinflation, Auslandsverschuldung, Mangelwirtschaft und maroden Staatsbetrieben noch im kollektiven Gedächtnis. Alberto Fujimori hat 1990 damit begonnen, die Staatsbetriebe zu privatisieren und Auslandsinvestitionen ins Land zu locken, denen er langfristige Verträge zugestand.

Bis heute wird um die Verfassung von 1993 erbittert gestritten. Dabei geht es vor allem um sechs Verfassungsartikel, in denen es um die Rolle der Wirtschaft in Peru und um die Bedeutung des Staates im wirtschaftlichen Handeln geht.

Artikel 58 betont **die freie Privatinitiative und die soziale Marktwirtschaft**. Aufgabe des Staates ist vor allem Arbeitsförderung, Gesundheit, Bildung, Sicherheit, öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur.

Artikel 60: Keine Staatsbetriebe

„Der Staat erkennt den wirtschaftlichen Pluralismus an. Die nationale Wirtschaft stützt sich auf die Koexistenz verschiedener Eigentums- und Betriebsformen. Nur wenn ausdrücklich per Gesetz erlaubt, darf der Staat subsidiär unternehmerisch tätig werden, direkt oder indirekt, und nur wenn ein großes öffentliches Interesse oder ein offensichtliches öffentliches Einverständnis herrscht. Staatliche und nichtstaatliche Unternehmen unterliegen denselben gesetzlichen Regeln.“

Artikel 62: Investitionsverträge können nicht abgeändert werden(...) die Vertragsbedingungen können nicht durch Gesetze oder neue Bedingungen verändert werden. Konflikte können nur von Schiedsgerichten oder ordentlichen Gerichten geschlichtet werden, so wie dies im Vertrag vorgesehen ist. Der Staat darf durch „contratos-ley“ (Verträge, die Gesetzesstatus haben) Garantien und Sicherheiten geben, die von der Legislative nicht abgeändert werden können, ohne den vorher genannten Schutz aufzugeben.“

Artikel 70: Schutz des Privateigentums

„Das Recht auf Eigentum ist unverletzlich. Der Staat garantiert es. Es wird in Harmonie mit dem Gemeinwohl und innerhalb des gesetzlichen Rahmens ausgeübt. Niemand darf enteignet werden, es sei denn aus Gründen der nationalen Sicherheit oder öffentlicher Notwendigkeit, durch ein Gesetz erklärt, und nach der Zahlung einer angemessenen Entschädigung (...).“ Peruanische und ausländische Personen, juristische wie natürliche, werden gleich behandelt.

Artikel 79: Legislative kann den Staatshaushalt nicht ändern

„Die Vertreter im Kongress können weder neue Staatsausgaben veranlassen noch bisherige erhöhen.“

Artikel 84: Autonomie der Zentralbank

„Die Zentralbank ist autonom innerhalb ihres organischen Gesetzes (...)... Die Bank darf den Staatshaushalt nicht finanzieren, mit Ausnahme des Kaufs von Anleihen auf dem Sekundärmarkt, wie es das Gesetz vorsieht.“

Die Befürworter der gültigen Verfassung von 1993 betonen, dass Perus Wirtschaft nur dank dieser neuen Verfassung wachsen und zum bisherigen Boom führen konnte. Infolge dieses Wirtschaftswachstums konnten neue Sozialprogramme eingeführt werden, die die Armut nachweislich verringert haben. Auch war damit Geld für neue Infrastrukturprojekte und höhere Staatsausgaben vorhanden (z.Bsp. höhere Lehrer- und Arztgehälter).

Befürworter dieser Wirtschaftsstrategie setzen auf Wirtschaftswachstum, ohne welches sich Peru nicht weiter entwickeln könne.

Dass die Zentralbank autonom ist und weder Legislative noch Exekutive einfach Geld drucken lassen können oder die Staatsausgaben erhöhen, ist ein Eckpfeiler der makroökonomischen Stabilität Perus, die trotz politischer Dauerkrise bis heute hält. Bis heute sind die Inflation und die Auslandsschulden Perus im lateinamerikanischen Vergleich eher gering.

Befürworter einer neuen Verfassung dagegen betonen, dass die bisherige Verfassung ein neoliberales Wirtschaftssystem festschreibt. Dass dort die Rolle des Staates als Steuerer der Wirtschaftspolitik fehlt (Stichwort: Industriepolitik) und dies nicht gleichbedeutend mit Staatsbetrieben ist. Dass die bisherige Verfassung zwar Wirtschaftswachstum und makroökonomische Stabilität gebracht hat, dass sie aber nicht fähig war, Arbeitsplätze zu schaffen oder den starken Sektor der informellen/illegalen Ökonomie einzubinden und stattdessen Korruption gefördert hat (Stichwort Odebrecht-Skandal). Sie hat einseitig den Rohstoffsektor gefördert. Schließlich gehe es heute um nachhaltiges, umweltverträgliches Wachstum, das in der Verfassung keine Rolle spiele.

Die politische Krise Perus, so die Befürworter einer neuen Verfassung, sei auch ein Symptom und Folge der einseitig neoliberalen Verfassung.

Schließlich fehlen in der Verfassung von 1993 auch Aspekte wie die multikulturelle und dezentrale Verfasstheit Peru sowie die Verankerung von sozialen und kulturellen Menschenrechten.

Hildegard Willer

Quellen und vertiefende Lektüre:

Text der Verfassung (in spanisch): <https://www.congreso.gob.pe/Docs/files/documentos/constitucion1993-01.pdf>

Waldo Mendoza Bellido: Carta abierta a los "constituyente lovers" <https://pqs.pe/opinion/carta-abierta-a-los-constituyente-lovers-por-waldo-mendoza-exministro-de-economia/>

Fernando Villaran: Respuesta a Waldo Mendoza. El modelo económico y la constitución. <https://www.revistaideele.com/2023/01/25/respuesta-a-waldo-mendoza-el-modelo-economico-y-la-constitucion/>

6. Kurz gemeldet – April 2023

Wichtiges in aller Kürze aus Perus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft

Giftige Pestizide in Mangos aus Peru

Mangos aus Peru, die in Österreich bei Hofer (in Deutschland Aldi) verkauft werden, enthalten die verbotenen Pestizide Azoxystrobin (giftig beim Einatmen, möglicherweise fortpflanzungsschädigend), Fludioxonil (möglicherweise krebserregend, möglicherweise fortpflanzungsschädigend) und das in der EU nicht zugelassene Carbendazim (kann genetische Defekte verursachen, kann die Fruchtbarkeit beeinträchtigen und das Kind im Mutterleib schädigen, hormonell wirksam). Das hat die [Studie](#) „Pestizidtest“ der Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000 nachgewiesen. Alle drei Pestizide sind sehr giftig für Säugetiere. In bei Naschmarkt (Obsteck) erkältlichen Mangos wurde außerdem das nicht zugelassene Imidaclobrid nachgewiesen. Es ist gesundheitsschädlich beim Verschlucken, fortpflanzungsschädigend und möglicherweise neurotoxisch, außerdem sehr giftig für Wasserorganismen, Bienen und Wildbienen, Vögel und Säugetiere.

Da GLOBAL 2000 nur Lebensmittel in Österreich untersucht hat, wissen wir nicht, ob die mit Pestiziden vergifteten Mangos auch in deutschen Supermärkten – etwa bei Aldi – gelandet sind. Naheliegend wäre es.

Wachsende Armut und Ungleichheit

Die Armut nimmt zu: 2022 lebten in Peru über 10,7 Mio. Menschen in Armut. Das sind 32,5 % der Gesamtbevölkerung (Asfinsa, Januar 2022). 2019 waren es noch 20,1%, 2021 25,9 % (INEI).

der Gesamtbevölkerung). Als arm gelten alle, deren individuelles Einkommen weniger als die Armutsgrenze von 378 Soles (93 Euro) pro Monat beträgt. Die Armutsgrenze ist dabei der monetäre Gegenwert der Kosten für die Grundbedürfnisse von Lebensmitteln, Wohnen, Kleidung, Bildung, Gesundheit, Verkehr, usw.). Für eine vierköpfige Familie lagen die Kosten hierfür 2021 bei 1.512 Soles (371 Euro) pro Monat. Die extreme Armutsgrenze berücksichtigt nur die Kosten für einen Grundnahrungsmittelkorb. Sie betrug 2021 201 Soles pro Person und Monat. Extrem arm sind also diejenigen, deren monatliches Einkommen den Wert des Grundnahrungsmittelkorbs nicht deckt.

Peru gehört zu den ungleichsten Ländern der Welt (Global Inequality Report 2022). Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist laut FAO von Ernährungsunsicherheit betroffen. Es wird erwartet, dass die Quote steigt. Gleichzeitig schütten die Unternehmen, die an der Börse von Lima (BVL) notiert sind, 2022 inmitten der Krise über 31 Millionen Soles als Dividenden an ihre Aktionär*innen aus, eine Rekordsumme in den letzten Jahren.

68 % der Peruaner*innen sind der Meinung, dass die Reichen zu viel Einfluss auf wichtige Entscheidungen im Land nehmen. 66 % sind überzeugt, dass Peru von wenigen machtgruppen regiert wird, die nur am eigenen Profit interessiert sind (IEP 2022).

Quelle: *Boletín de la exclusión*, 20.2.22

Geld – ein lukrativer Grund für peruanische Parteien gegen Neuwahlen zu stimmen

Es hält sich die Meinung, dass Parteien in Peru im Gegensatz zu Deutschland keine staatliche Unterstützung erhalten. Falsch! Auch in Peru erhalten Parteien und Wahlbündnisse Gelder vom Staat, von der Wahlbehörde ONPE (Oficina Nacional de Procesos Electorales). Die Mittelverwendung wird allerdings nicht kontrolliert, was die [Zweckentfremdung](#) leicht macht.

So zahlte Fuerza Popular, die Fujimori-Partei, zwischen Juli und Dezember 2022 jeweils 46.000, 42.000 und 55.000 Soles (11.300, 10.300 und 13.500 Euro) an einen Ex-Berater Fujimoris, die Schatzmeisterin der Partei und die persönliche Beraterin Fujimoris. Gegen alle Drei laufen Untersuchungen wegen Geldwäsche.

Die Partei Avanza Pais, für die der Ökonom Hernando de Soto kandidierte (früher mit guten Kontakten zur CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung), zahlte 500.000 Soles (123.000 Euro) für Fortbildungen an die Firma Global Peru Comunicaciones. Diese Firma hatte sich erst kurz vorher gegründet. Ihr Leiter ist ein ehemaliger Verkäufer von Mützen und Schuhen.

Die ultrarechte Partei Renovación Popular zahlte 47.000 Soles für Mietkosten an die Nichtregierungsorganisation Promotora, Desarrollo, Educación y Cultura im Stadtviertel Jesús Maria in Lima. Präsident dieser Organisation ist der aktuelle, ultrarechte Bürgermeister von Lima, Rafael López Aliaga.

Perú Libre, für die Ex-Präsident Castillo kandidiert hatte, zahlte monatlich 12.000 Soles an den Parteigründer und Kongressabgeordneten Vladimir Cerrón und weitere 7.000 Soles an dessen Schulfreund M. Sánchez für Reinigungsarbeiten in einem Parteibüro. Gegen ihn läuft eine Untersuchung wegen Geldwäsche.

Diese Beispiele sind nur die Spitze des Eisbergs und ein Grund, warum die Parteien keine Neuwahlen wollen: Sie würden diese Geldquelle verlieren, wenn sie nicht mehr ins Parlament gewählt würden.

Rassistische Äußerungen des Bildungsministers

Der aktuelle peruanische Bildungsminister [Oscar Becerra](#) hätte in wirklich demokratischen Ländern zurück treten müssen. Warum? Er sagte im Privatfernsehen über die demonstrierenden Mütter aus dem südlichen Peru, die ihre kleinen Kinder in ein Tuch gewickelt, auf dem Rücken trugen: „Sie sind schlimmer als Tiere. Denn Tiere würden ihre Kinder keinen Gefahren aussetzen.“ Und er setzte noch nach, dass die Frauen, die in der peruanischen Hauptstadt gegen die aktuelle Regierung protestierten, gar nicht ihre eigenen Kinder dabei hätten. Vielmehr hätten die andinen Frauen ihre Kinder den protestierenden Frauen ausgeliehen. Bildungsminister Becerra ist einigen noch als Verantwortlicher des Kaufs von untauglichen „Plastik Laptops“ im Programm „One Laptop Per Child“ in der Regierungszeit von Präsident Alan Garcia in Erinnerung. Diese wurden zu völlig überhöhten Kosten von ca. 11 Millionen Dollar, gekauft.

Gegen diese rassistischen Aussagen gab es heftige Kritik, nicht nur von der Ombudsstelle Defensoría del Pueblo (Ombudsman), sondern von vielen sozialen Organisationen.

Amnesty International Peru machte zu gleichen Zeit öffentlich, um welche Menschenrechte Frauen in Peru immer noch kämpfen müssen: Das Recht auf Demonstrationsfreiheit, das Recht auf eine Erziehung nach Gender-Kriterien, was unter anderem durch das Gesetz Nr. 31498 verhindert wird, welches eine integrale Sexualerziehung in den Schulen verhindert, das Recht auf körperliche Unversehrtheit (2022 wurden 11.524 Frauen in Peru als vermisst gemeldet und 137 Frauen ermordet) sowie das Recht auf Geschlechteridentität (95% transsexueller Menschen gaben an, aufgrund ihrer sexuellen Orientierung Gewalt erlitten zu haben).

Rückgang der Entwaldung

Während die [Entwaldung](#) im peruanischen Amazonasgebiet 2020 mit 203.272 Hektar einen traurigen Rekord erreicht hatte, wurden 2021 in Peru 137.976 Hektar Wald entwaldet. Das ist der niedrigste Wert seit 2010. Obwohl die Entwaldung geringer ausfiel als in den Vorjahren, gehört Peru zu den Ländern mit der höchsten Entwaldung in Lateinamerika.

Ucayali führt mit 36.305 Hektar abgeholzter Fläche die Liste der Regionen mit den meisten Waldverlusten an, gefolgt von Madre de Dios mit 23.142 Hektar und Loreto mit 19.829 Hektar.

Verdoppelung des Baumverlustes im Nationalpark Cordillera Azul trotz Schutzprogramm

Der Verlust an Bäumen im Nationalpark Cordillera Azul in San Martín hat sich mehr als verdoppelt, trotz eines über den Kohlenstoffhandel finanzierten Schutzprogramms.

Das [Programm](#) startete 2008 mit dem Versprechen, "jegliche Abholzung" im Nationalpark zu vermeiden. Der Waldverlust stieg jedoch von durchschnittlich 262 Hektar pro Jahr in den fünf Jahren vor dem Start des Projekts auf durchschnittlich 572 Hektar pro Jahr von 2009 bis 2021.

In dieser Zeit wurden mehr als 28 Millionen Kohlenstoffzertifikate für das Cordillera-Azul-Projekt verkauft, genug um 28 Millionen Tonnen Kohlendioxid zu kompensieren – Millionen von Dollar für ein Verfahren, das nach Ansicht von Vertretern des Volkes der Kichwa ihr angestammtes Recht auf Land nicht anerkennt.

Einige Experten sind überzeugt, dass das Projekt von Beginn an falsch angelegt war, mit zu vielen Kohlenstoffzertifikaten und übertriebenen Gewinnen der Organisation, die den Nationalpark verwaltet. Die Befürworter des Projekts bestreiten hingegen, dass die Gewinne überhöht waren, und behaupten, dass der Verlust von Bäumen auf natürliche Ursachen zurückzuführen sei, obwohl Untersuchungen auf Abholzung schließen lassen.

Den Untersuchungsbericht der Associated Press (AP) kann man [hier](#) nachlesen.

Klimawandel erhöht die Zahl der Todesfälle in Südamerika

Die Zahl der hitzebedingten Todesfälle in Südamerika hat zwischen 2017 und 2021 im Vergleich zum Zeitraum von 2000 bis 2004 um 160 % zugenommen hat. Zu diesem Ergebnis kommt die [Studie Trust the Science](#) zu Gesundheit und Klimawandel in zwölf südamerikanischen Ländern. In den letzten zehn Jahren gab es in allen südamerikanischen Ländern einen Temperaturanstieg, teilweise von 1 bis 2 Grad Celsius. In einigen Ländern, auch in Peru, wurden außergewöhnlich intensive und lang anhaltende Hitzewellen beobachtet. In Peru und Ecuador kommt das Wetterphänomen El Niño als zusätzliches potenzielles Risiko dazu. Arme und

vulnerable Haushalte sind anfälliger, weniger widerstandsfähig und daher stärker von Gesundheitsrisiken betroffen.

Ebenfalls untersucht wurden vorzeitige Todesfälle aufgrund von Luftverschmutzung. Von allen Ländern der Region weisen Chile und Peru die höchste Zahl der durch Luftverschmutzung verursachten Todesfälle pro Million Einwohner*innen auf. In Chile sind es 230, in Peru 176. Außerdem haben Peru und Bolivien die schlechteste Luftqualität in ganz Südamerika. In Peru liegt die Feinstaubkonzentration bei durchschnittlich 31 Mikrogramm pro Kubikmeter und Jahr, der von der Weltgesundheitsorganisation festgelegten Grenzwert liegt bei fünf Mikrogramm.

Der [Bericht](#) gibt auch einen Überblick über die Gesundheitsrisiken in den einzelnen Ländern. In Brasilien und Argentinien sind die größten Gefahren extreme Regenfälle und Überschwemmungen, in Peru extreme Hitze und Wassermangel und in Chile und Kolumbien Waldbrände.

„Die Bevölkerungsgruppen, die am wenigsten zur globalen Erwärmung beitragen, sind am stärksten von den Auswirkungen betroffen, weil sie von Armut, Ausgrenzung oder Rassismus betroffen sind. Das ist eine paradoxe Situation“, sagt eine der Autorinnen der Studie. Auch indigene Völker gehörten zu den betroffenen Bevölkerungsgruppen. „Indigene Völker können direkt zur Anpassung an den Klimawandel beitragen, denn ihre Lebensweise und ihr Wissen helfen, die Natur zu erhalten.“

Dritter Asháninka-Anführer ermordet

Der angesehene Asháninka-Führer Santiago Contoricón Antúnez ist am 8. April in seinem Haus von [Unbekannten erschossen worden](#). Die Central Asháninka del Río Tambo (CART) fordert von den peruanischen Behörden konkrete Maßnahmen, um die Täter zu finden und Straffreiheit zu verhindern. CART vermutet, dass der Mord an Contoricón im Zusammenhang mit seinem Kampf gegen Drogenhändler steht, die das Gebiet und die Flüsse für den Kokaintransport nach Ucayali nutzen wollten. Mit dem Tod von Contoricón wurden seit 2021 bereits drei Asháninka-Führer ermordet, weil sie das Gebiet der Selva Central verteidigten. Von 2012 bis 2022 wurden laut Daten der Nationalen Menschenrechtskoordination CNDDHH 20 Indigene im Amazonasgebiet ermordet.

Ehemaliger Präsidentschaftskandidat Daniel Urresti wegen Mordes verurteilt

Der ehemalige Militär und Ex-Präsidentschaftskandidat Daniel Urresti wurde von einem Gericht in Lima zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Urresti als Kommandant einer Militäreinheit in Huanta (Ayacucho), die Ermordung des Korrespondenten der Zeitschrift „Caretas“, Hugo Bustios, im Jahr 1988 zu verantworten hat.

Urresti war Innenminister (2014) und Kongressabgeordneter (2020) und hatte als "Law – and – Order – Mann" sowohl bei den Präsidentschafts- wie auch Bürgermeisterwahlen kandidiert.

Bekommt Peru endlich ein Meeresschutzgebiet?

Die an der Meeresschutzkonferenz in Panama teilnehmenden Länder haben am 4. März 2023 beschlossen, 30% der Weltmeere als Schutzzonen einzurichten. Außerdem soll geregelt werden, wie die genetischen Ressourcen der Ozeane gerecht aufgeteilt werden. Allein die Europäische Union will 816 Millionen Dollar für den Meeresschutz zur Verfügung stellen.

Auch für den Schutz der peruanischen Meere soll diese Konferenz Folgen haben. Peru [verpflichtet sich im Rahmen dieses Abkommens zur Errichtung des Schutzgebietes Reserva Nacional Mar Tropical de Grau](#) und weist auf die große biologische Vielfalt Humboldt-Strom hin. Das Meeresschutzgebiet im Norden Peru ist seit 2016 geplant, ist aber bisher am Widerstand des staatlichen Erdölsektors gescheitert, der vor der Küste Nordperus Erdöl fördert und verarbeitet.

Auch will Peru den traditionellen Fischfang (ohne Motorboote) stärken.

Peru setzt weiterhin auf den Extraktivismus

Während die öffentliche Aufmerksamkeit in Peru auf den sozialen Protesten lag, hat die Regierung Boluarte neue Erdöl- und Bergbauprojekte in Gang gesetzt.

Am 28. Februar 2023 hat die Staatliche Erdölfirma Petroperu die Erlaubnis erhalten, 30 Jahre lang im Los 192 – der bedeutendsten Förderstelle Perus – im Amazonas-Departament Loreto Erdöl fördern zu dürfen. Der Vertrag sieht grosszügige Zahlungen an die betroffenen Indigenen-Gemeinden vor. Diese befinden sich in einem Rechtsstreit mit der peruanischen Regierung. Die Altlasten aus der bisherigen Erdölförderung [sind noch nicht beseitigt und auch nicht entschädigt worden.](#)

Ende März nahm eine hochrangige Abordnung der peruanischen Regierung [am wichtigsten Bergbauevent](#) weltweit in Kanada teil. Dort stellten sie eine vereinfachte Lizenzvergabe in Aussicht, sowie die Befriedung der sozialen Konflikte in Aussicht, um Peru für Bergbau-Investoren attraktiv zu machen.

Zusammengestellt von Heinz Schulze, Annette Brox und Hildegard Willer



Lima – Huaycán nach der Ueberschwemmung durch El Niño im Februar 2017 ©Hildegard Willer

7. Sechs Jahre nach El Niño: Die Katastrophe wiederholt sich

In Peru wütet erneut El Niño: Die nördlichen Regionen Perus wurden im März von sintflutartigen Regenfällen, Erdbeben und der Zerstörung durch den Zyklon Yaku heimgesucht.

Mit solch einem Ereignis, welches bisher den Tod von 65 Menschen verantwortet, rechnete kaum jemand – und es sind in den kommenden Wochen weitere Katastrophenereignissen zu erwarten. Vor diesem Hintergrund ist es umso tragischer, dass die Regionalregierungen und Gemeinden in den letzten fünf Jahren im Durchschnitt weniger als 70 % der Haushaltsmittel für Präventions- oder Wiederaufbauarbeiten verwendeten.

Die Einwohner von Tumbes, Piura, Lambayeque, La Libertad und Ancash waren – sechs Jahre nach der Verwüstung der nördlichen Regionen Perus durch El Niño Costero – erneut am stärksten betroffen. Allein in diesen fünf Regionen haben tausende Menschen durch die Regenfälle und Erdbeben ihre Häuser und Ernten verloren und die öffentlichen und auch die privaten Infrastrukturen sowie Strom- und Wasserversorgung sind stark betroffen.

Weitere schwere Regenfälle zwischen April und Juni 2023 werden vorhergesagt, die Wiederaufbauarbeiten in diesen Gebieten sind aber noch nicht abgeschlossen.

Nach den verheerenden Auswirkungen des El Niño Costero wurden Millionen für den Wiederaufbau bereitgestellt. Eine von OjoPublico durchgeführte Analyse der Ausgaben zwischen 2018 und 2022 zeigt jedoch, dass die Regionalregierungen die für die Notfallprävention bereitgestellten Mittel in den letzten fünf Jahren gerade mal zu 62,3% ausführten.

Ein weiterer schwerer Schlag für die Landwirte

Erneut werden die Existenzgrundlage der Kleinbauern und die Lebensmittelversorgung durch den Zyklon bedroht. Allein in den Tälern von Santa, Lacamarca, Nepeña und anderen in Ancash sind 20.000 Hektar betroffen.

Bereits durch den El Niño Costero im Jahr 2017, der wie in diesem Jahr auch starke Erdbeben zur Folge hatte, durch die beispielsweise Abschnitte des wichtigen Chineca-Kanals zerstört wurden, kam es zu immensen wirtschaftlichen Verlusten. Die Wiederherstellung des Kanals ebenso wie die Optimierung der Cascajal Drainage, die aufgrund ihrer Enge immer wieder verstopft, werden von der ARCC (Behörde für Wiederaufbau mit Wandel) kaum vorangetrieben – lediglich durch Eigeninitiative der Anwohner*innen werden Reparaturen vorgenommen.

Regionen, die besonders betroffen sind, sind etwa Tumbes (Überschwemmungen von etwa 40 bis 50 Hektar Zitronen- und Bananenplantagen), die Cuenca Bajo Piura (Verluste von 15 bis 20 Tausend Hektar Baumwoll-, Mais und Bohnenplantagen) sowie die Küstentäler der Region La Libertad (mehr als 2500 Hektar Mais, Zuckerrohr, Avocado, Gemüse, Reis und Passionsfrüchte gingen verloren). Die Ernten waren sowohl für den lokalen Markt als auch für den Export ins Ausland (Wassermelonen, Mangos) bestimmt. Das peruanische Zentrum für Sozialstudien (Cepes) schätzt, dass angesichts der starken Regenfälle und des El Niño Costero vor allem Reis- und Mais-Kulturen gefährdet sind, die durch die Regenfälle überschwemmt oder von Schädlingen befallen werden könnten.

Schlechtes Präventionsmanagement

Die bestehende Bewässerungsinfrastruktur kann diesen klimatischen Ereignissen nicht mehr standhalten und muss daher ausgebaut werden. Diese Schäden hätten vermieden werden können, durch rechtzeitige „Projekte zur Abschwächung der Naturgewalten“, so Luis Málaga Linares, Präsident des Landwirtschaftskonvents Conveagro, der für Untersuchungen plädiert. So nutzt beispielsweise die Regionalregierung von Ancash für Präventionsprojekte bisher nur 1,9% des aktuellen Budgets von über 23 Mio. Soles, wie aus dem Portal für wirtschaftliche Transparenz des Wirtschafts- und Finanzministeriums (MEF) hervorgeht. Die vorherigen Jahre zeigten ebenfalls

geringe Ausführungsgrade (2019-2022 nur 63%) – diese immer wiederkehrende Tendenz zum wenig vorausschauenden Handeln im Bereich Prävention und Risikomanagement sei auch bei anderen betroffenen Regionalregierungen zu beobachten, erklärte Carla Gavino, Expertin für öffentliches Management.

Die Verzögerung der Sanierungsarbeiten aufgrund des El Niño 2017 führte zu Kritik an der ARCC, die die Mittel für den Wiederaufbau verwaltet – etwa die Nothilfe für die am stärksten betroffenen Küstenregionen im Norden und in der Mitte Perus. Die Soforthilfe wird jedoch auch über den Katastrophenschutzfonds (Fondes) finanziert.

Insgesamt 93,92 % des Fondes-Budgets sind für den „Wiederaufbau mit Wandel“ vorgesehen. Dieser Prozess begann 2017 mit dem Ziel, die Infrastruktur nach den Verwüstungen durch El Niño wiederherzustellen und neue Infrastrukturen für die Prävention der Auswirkungen künftiger Klimakatastrophen aufzubauen.

In den 16 Regionen, in denen der Notstand ausgerufen wurde, wurden allerdings weniger als 80 % ihres Haushalts für die Prävention eingesetzt: Tumbes (36,5%), Huancavelica (38,4%), Huánuco (43,4%), Piura (56,3%), Áncash (57,6%), Ica (59,1%), Arequipa (66,5%), Callao (73,4%) und Lambayeque (79,4%).

Der Hauptkritikpunkt an der ARCC ist, dass nur 9 % der Arbeiten für integrale Risikomanagementlösungen und 1 % für Entwässerungsarbeiten ausgeführt wurden. Die Präventionsmaßnahmen laufen nur schleppend.

Was kommt: El Niño Costero

Die Vorhersagen für die kommenden Tage, Wochen und Jahre lassen kein besseres Szenario erwarten als das, das wir jetzt erleben. Grinia Avalos, stellvertretende Direktorin der Unterabteilung „Klimavorhersage des Nationalen Meteorologischen und Hydrologischen Dienstes von Peru“ (Senamhi), sagte, dass in naher Zukunft mit weiteren extremen Regenfällen im Norden, im zentralen und südlichen Hochland sowie im Amazonasgebiet zu rechnen sei.

Avalos betonte, dass die Niederschläge im Amazonasgebiet nicht mit der Erwärmung des Meeres zusammenhängen, sondern mit dem Einfluss der Feuchtigkeit, die vom Amazonas und vom Atlantik kommt.

Die Vorhersagen von Senamhi decken sich mit den Ankündigungen des multisektoralen Ausschusses, der für die nationale Untersuchung des El-Niño-Phänomens in Peru (Enfen) zuständig ist, wonach zwischen März und April warme Temperaturen herrschen werden, die bis mindestens Juni dieses Jahres zu überdurchschnittlichen Niederschlägen führen werden.

Das Auftreten eines El-Niño-Phänomens sollte auf internationaler Ebene jedoch nicht überraschen, denn am 1. März warnte die Weltorganisation für Meteorologie (WMO), dass es möglich sei, dass dieses Klimaereignis wieder auftritt. Die Institution gab an, dass die Wahrscheinlichkeit des Auftretens zwischen April und Juni bei 15 Prozent, zwischen Mai und Juli bei 35 Prozent und für die Monate Juli und August bei 55 Prozent liegt.

Der fünfte Bericht, der 2014 veröffentlicht wurde, warnte mit Unsicherheit vor der Möglichkeit von Niederschlagsanomalien. Ein Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) vom Februar 2022 kommt zu dem Schluss, dass sich der Wasserkreislauf mit der weiteren Erderwärmung wahrscheinlich intensivieren wird. Das heißt, es wird Perioden mit intensiveren Regenfällen und parallel dazu solche mit intensiverer Trockenheit geben.

Angesichts der unbestreitbaren wissenschaftlichen Belege dafür, dass Naturphänomene wie El Niño und Wirbelstürme wie Yaku in Peru immer häufiger und intensiver auftreten, müssen die Regierungen Reaktions- und Vorbereitungsstrategien für diese Ereignisse entwickeln. Das derzeitige Szenario zeigt jedoch, dass die von den zentralen, regionalen und lokalen Regierungen entwickelten Pläne für Infrastruktur, Flächennutzungsplanung und Risikoversorge den Faktor Klimakrise bei ihrer Umsetzung nicht berücksichtigen.

Nach Ansicht der befragten Fachleute stellen die Merkmale der Bauwerke und die Städtebauplanung die größten Schwachstellen dar, die Katastrophen wie die jetzigen auslöst. Grinia Avalos von Senamhi erklärte, dass Peru ein Land sei, das aufgrund seiner Topographie, aber vor allem aufgrund der hohen Anfälligkeit und Risikoexposition sehr anfällig für den Klimawandel ist und betont, dass „solange keine wichtigen Entscheidungen zur territorialen Neuordnung getroffen werden, um gemeinsam nach umfassenden Lösungen zu suchen [...] es immer Schäden und Verluste geben [wird].“

Ein Appell an die Regierung ist somit, wiederkehrende Katastrophen wie diese zu verhindern, indem die Jahre der Vernachlässigung und Verantwortungslosigkeit im Sinne von stetigem vor sich Hindämmern oder gar Wiederaufbau von Risikogebieten beendet werden und Präventionsmaßnahmen effektiv umgesetzt werden.

Renato Pajuelo in [OjoPúblico](#), 17.3.2023

gekürzte Übersetzung von Svenja Pesch

8. Peruanisches Bio nur für den Export

Peruanisches Obst und Gemüse für den einheimischen Markt weist hohe Pestizid-Rückstände auf.

Die peruanische Gesundheitsplattform [Salud con lupa](#) legte die Ergebnisse einer Untersuchung zur Pestizidbelastung wichtiger Lebensmittel und Früchten in Peru vor. Sie hat dazu in sechs großen Supermärkten in Lima Lebensmittel untersuchen lassen.

Salud con Lupa hat zusammen mit vier weiteren NGOs aus dem Öko-Agrarbereich erstmals Obst und Gemüse in Lima auf Rückstände von Pestiziden untersucht. Dazu haben sie 84 Stichproben von 8 Gemüse- und Obstsorten in sechs Supermärkten (Metro, Tottus, Wong, Plaza Veá, Vivanda und Minka) genommen und untersuchen lassen. Die Supermärkte Vivanda und Plaza Veá gehören der Gruppe Intercorp, die auch eine große Exportfirma ist. Tottus gehört zur chilenischen Gruppe Falabella und Metro und Wong zum ebenfalls chilenischen Centro Comerciales Sudamericanos S.A. – Censosud. Die Untersuchungen fanden in Kooperation mit dem Consorcio por la Salud Ambiente y Desarrollo (Ecosad) und dem Red Agricultura Ecológica (RAE Peru) statt. Die 84 untersuchten Lebensmittel wurden in Anwesenheit von Notaren gekauft und an zwei seriöse Labore (Menux Nutri Sciencas und Normec G Agro Control) übergeben. Die Vorgaben zur Kontrolle entsprachen den zulässigen Höchstwerten für Pestizidbelastungen, die die nationale peruanische Gesundheitsbehörde (Digesa) vorgegeben hat.



Obststand Lima ©Hildegard Willer

19 mal höher als die Grenzwerte

Frühlingszwiebeln überschritten 19mal die akzeptierten Werte zum Beispiel an Procimidona, Firponil oder Chlorpiritos. Letzteres ist in 28 europäischen Staaten, Chile und den USA verboten.

Sellerie, angebaut vor allem in den Regionen Lima, Arequipa und La Libertad, weist über 14mal die Höchstgrenzen an Benalxid und Propiconazol (verboten in Spanien) auf.

Aji amarillo ist mit Überschreitung der Höchstgrenzen mit Fipronil, Permetrin, Triazofos sowie Carbofurano (letzteres auch in Peru verboten) dabei.

Paprika weist ebenfalls zu hohe Pestizidkonzentrationen auf, wobei das Agrargift Profenofos 39mal über dem akzeptierten Höchstwert liegt.

Tomaten – pro Jahr in Peru 240 Tonnen geerntet, sie werden hauptsächlich in den Regionen Ica, Lima und Arequipa angebaut – überschritten vier bis siebenmal die Höchstgrenzen an Triazofos.

Erdbeeren: Die untersuchten Proben überschritten die Höchstwerte an Pirimetanil, Tebuconazole, Clorfenapir und Abamectina.

Rote Beete enthielt erhöhte Werte der Insektizide Ciromazina und Lorphifos.

Bio für den Export – Gift für den heimischen Markt

Salud con Lupa betont, dass Lebensmittel für den Export genauer kontrolliert werden, bis zur Grenze der erlaubten Höchstgrenzen. Für den Verkauf in Peru sind 27 Pestizide zugelassen, auch solche, die in Europa verboten sind, beispielsweise für Heidelbeeren, Mangos, Paprika oder Erdbeeren. Bei den Tomaten sieht es so aus: Für den Export nach Spanien sind nur 0,2mg pro Kilo von Metaxil erlaubt, für den Verkauf in Peru 0,5 mg pro Kilo. In Peru eingesetzt und meist aus Brasilien, Ecuador oder Bolivien eingeführt werden Insektizide von BASF, Dow Chemical, Bayer, Corteva Agrisciense oder Du Pont.

Schliesslich ist noch anzumerken, dass die seit Januar amtierenden Bürgermeister*innen der Stadtviertel Miraflores, San Isidro und Barranco die kleinen Wochenendmärkte von Kleinbauern, die während der Corona-Pandemie entstanden sind, verboten haben und die Stadtverwaltung von Lima den Biomärkten große Probleme macht.

Die Untersuchungsberichte von Salud con Lupa kann man hier nachlesen <https://saludconlupa.com/series/un-veneno-oculto-en-mi-plato/>

Heinz Schulze

9. Wie Perus Kokainwirtschaft indigene Amazonasbewohner*innen bedroht

Ein Interview mit dem Koka-Experten Ricardo Soberón

Peru ist der weltweit zweitgrößte Produzent von Coca-Blättern und Kokain. Der Jurist Ricardo Soberón war zweimal Direktor der staatlichen Antidrogenbehörde DEVIDA. DEVIDA verwaltet fast acht Millionen Dollar, die die US-Botschaft für die Ausrottung der Cocaplantagen bereitstellt, sowie weitere fast 270 Millionen Dollar, die für Angebotskontrolle, alternative Entwicklung sowie Behandlung und Prävention des Drogenkonsums bestimmt sind. Soberón hat, wann immer es möglich war, die Strategie kritisiert, die nicht auf die Ausrottung des Kokains, sondern der Cocapflanzen abzielt.

Soberón versucht, das Wachstum des illegalen Cocaaubaus im amazonischen VRAEM-Gebiet (Valle de los Ríos Apurímac-Ene-Mantaro, im Grenzgebiet der Departamente Ayacucho-Junín-Apurímac-Cusco-Huancavelica) einzudämmen, ohne gewaltsame Mittel einzusetzen. Aber als er sich für einen Dialog mit den Cocabauern in diesem Gebiet einsetzte, wurde er als "Pro-Kokain-Produzenten" beschimpft. Als er vorschlug, statt der gewaltsamen Ausrottung zu einer allmählichen und nachhaltigen Reduzierung der Anbauflächen in den am stärksten gefährdeten Gebieten überzugehen, wurde er beschuldigt, den Drogenhandel zu unterstützen. Er setzte sich auch für einen „Sozialpakt“ ein, der die Reduzierung des Cocaaubaus im Gegenzug für eine sozioökonomische Entwicklung der Gemeinden und die Vorbeugung und Behandlung des Drogenkonsums vorsah. Hierfür fand er nie politische Unterstützung.

Das folgende Interview wurde von Esteban Acuña geführt und bei [TalkingDrugs](#) veröffentlicht. Wir veröffentlichen eine gekürzte Übersetzung.

Seit 2002 wurden im VRAEM nicht einmal ein Prozent der Anbaufläche vernichtet. Aber während Ihrer Amtszeit haben Sie die „Selbstausröschung“ vorgeschlagen, um den Cocaaubau zu reduzieren. Ist die Politik der Ausrottung an sich, in welcher Form auch immer, nicht gescheitert?

Ich bleibe dabei, dass eine nachhaltige Reduzierung des Cocaaubaus in Peru nur durch eine freiwillige Vereinbarung, im Einvernehmen mit den Produzent*innen erreicht werden kann, nicht mit Gewalt. Genau das habe ich vorgeschlagen. Und ich habe einen Vertrag mit der Frauen-Kakao-Kooperative Sumaq Sunqu unterzeichnet. Sie übergaben freiwillig sechs Hektar. Das war ein sehr symbolischer Akt, denn ich hatte noch keinen einzigen Sol dafür ausgegeben. Sie haben die Botschaft verstanden. Dann kam der Staatsstreich von Pedro Castillo und ich musste gehen.

Sie haben die Zahlen des Weißen Hauses zum Cocaaubau als ungenau kritisiert. Was sagen die Zahlen zur Ausrottung der Ernte wirklich aus? Sind sie ein zuverlässiger Index?

Nein, auf keinen Fall. Die USA haben ihr Standardsystem für die ganze Welt, aber sie geben keine Informationen über ihre Methodik oder ihre Datenbasis. Und es gibt Länder, wie Peru, die beschlossen haben, eigene Wege, Mittel und Formen zu wählen. Aber die Zahlen zur Ausrottung sind nur ein Ziel, das die US-Regierung jedes Jahr im Januar festlegt. Nun haben die USA für dieses Jahr eine Aufstockung um acht Millionen Dollar für die Ausrottung angekündigt. Das ist ein schrecklicher Fehler, denn die Ausrottung ohne ländliche Entwicklung treibt die Entwaldung voran und fördert den Teufelskreis von "Pflanzung ausgerottet, Pflanzung neu gesät". Mit anderen Worten, der verarmte, zugewanderte Bauer sät Coca, und wenn seine Pflanzen ausgerottet werden, geht er woanders hin und der Vorgang wiederholt sich... Das ist es, was hier geschieht.



Ricardo Soberon ©Andina/Melina Mejia

Sie haben gesagt, dass "der Drogenhandel der Faktor sein könnte, der die indigenen Völker des südamerikanischen Amazonasgebietes verschwinden lässt". Warum?

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen der internationalen Nachfrage nach Kokain – insbesondere in Westeuropa und den USA – und der Zerstörung des Amazonasgebietes. Die Zerstörung des Waldes für neue Coca-Plantagen nimmt den indigenen Völkern ihre Lebensgrundlage. Dieses Problem muss auf die regionale und internationale politische Tagesordnung gesetzt werden. Keine Wirtschaft wirkt so zerstörerisch auf soziale und kulturelle Strukturen wie der Drogenhandel.

Wenn man ein auf Drogenhandel basierendes Modell in einem angestammten Umfeld wie dem eines indigenen Volkes im Amazonasgebiet umsetzt, ist eine Koexistenz nicht möglich. Wenn ein Mitglied der Drogenmafia eine Tochter des Gemeindevorstehers heiratet, wenn Land für den Cocaanbau verpachtet und Flugpisten gebaut werden, ist dies die abscheulichste Form der Unterordnung eines Wirtschaftsmodells gegenüber dem anderen. Der peruanische Staat ist institutionell, politisch und strategisch viel zu schwach, um eine demokratische und souveräne Basis im Amazonasgebiet zu schaffen. Als größter politischer Akteur Perus muss er, unabhängig von seiner politischen Couleur, dieses Problem dringend auf den höchsten Ebenen der Außen- und Verteidigungspolitik, der Sicherheit, der Gesundheit und der Entwicklung angehen.

Das Scheitern des Krieges gegen die Drogen ist mit Zahlen belegt. Dies ist in der weltweiten Drogendebatte nichts Neues. Was sind Ihrer Meinung nach die Gründe oder Interessen in Peru, warum es trotz der Beweise keine signifikanten Veränderungen in der Ausrichtung der Arbeit gibt?

Beginnen wir mit der Polizei. Die Polizei ist dazu da, die öffentliche Sicherheit in Übereinstimmung mit ihren eigenen Interessen zu verwalten. Sie verdient umso mehr, je mehr Gefangene sie macht. Gäbe es den Krieg gegen die Drogen nicht, könnte die Polizei auch niemanden deshalb verhaften.

Oder die Diplomaten. Ich habe das in diesem Jahr selbst erlebt: Immer, wenn ich ins Ausland ging, schickte das Außenministerium einen "Tiger", der mich begleitete, um sicherzustellen, dass ich die vorgeschriebenen diplomatischen Grenzen nicht überschreite. Für die Diplomaten ist die Drogenfrage ein wichtiger Faktor in der internationalen Zusammenarbeit. Wenn ich das wegnehme, bleiben ihnen weniger Ressourcen, Räume und Plattformen. Deshalb haben sie kein Interesse, das Drogenkontrollsystem abzuschaffen.

Welches sind die wichtigsten Mythen und Stigmata, die in Peru in Bezug auf Drogen gepflegt werden?

Das erste ist zum Beispiel, dass der traditionelle Gebrauch des Coca-Blattes ein Rückfall in die Vergangenheit ist, und dass die neue Generation diese "grüne Art" der Sicht auf das Leben vergisst. Aus den nationalen Erhebungen über den privaten Coca-Konsum 2013-2019 geht jedoch hervor, dass die Zahl der Cocakonsument*innen von drei auf fünf und von fünf auf sechs Millionen gestiegen ist.

Zweitens gehen 92 Prozent der Cocablätter in den Drogenhandel und nur acht Prozent in den legalen Konsum. Wenn ein Wirtschaftszweig von einer asymmetrischen und wachstumsgierigen Industrie wie dem Drogenhandel kontrolliert, gesteuert, manipuliert und monopolisiert wird, kommt es zwangsläufig zu einer solchen Entwicklung. Wenn die legale Coca in Peru die gleichen Bedingungen für hätte, würde auch der legale Konsum sehr stark zunehmen.

Der dritte Mythos ist, dass jeder Drogenkonsum problematisch ist. In Wirklichkeit gibt es im Universum des Drogenkonsums Nuancen, Farben und Unterschiede, die man fast als individuelle Erfahrungen bezeichnen könnte.

Wie würden Sie die aktuelle Situation des weltweiten Kokainhandels nach der Pandemie beschreiben?

Nach der Pandemie haben wir einen absolut florierenden globalen Kokainmarkt: 21 Millionen Konsument*innen weltweit; 6,5 Millionen in den USA; 4,5 Millionen in Westeuropa; 4 Millionen in Brasilien, und die werden von Kolumbien und Peru beliefert. Die Pandemie bremste den Seehandel aus und zwang die internationalen Drogenhändler, ihre globale Transportstrategie zu ändern. Also gingen sie direkt zum Amazonas. Es ist ihnen egal, ob sie direkt zum Putumayo-Fluss oder zum Yavari-Fluss gehen müssen, wo die Blätter mehr Fasern als Alkaloid enthalten. Die Strategie ist, die regionale Polizei abzulenken, um das Kokain durch Brasilien zu bringen.

Das Gleiche gilt für Ecuador, wo bisher kein Coca angebaut wurde, obwohl es zwischen zwei Anbauländern liegt. Aber heute hat die Gewalt in Guayaquil zugenommen; in Guayas, in Santa Elena, in Manabí, ist sie fast so schlimm wie in Kolumbien. Warum? Weil die Polizei mit Kokainladungen aus Guayaquil oder Quito abgelenkt werden sollte, wo es nicht so gefährlich war wie an den Flughäfen von Bogotá oder Lima. Dies sind kommerzielle Strategien, die uns zeigen, dass der Kokainhandel nicht zurückgegangen ist, ganz im Gegenteil.

Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro hat auf einer Pressekonferenz erklärt, dass der Krieg gegen die Drogen und die Deregulierung des Drogenhandels gescheitert seien. Er meinte, dass man in Peru "ein wenig bescheidener und realistischer" sei. Was bedeutet es, bescheiden und realistisch zu sein?

Ich werde nicht daran denken, die Weltmeisterschaft zu gewinnen, wenn ich nicht einmal die nationale Fußballmeisterschaft gewonnen habe. Das bringt meine Einschätzung auf den Punkt. Es reicht nicht aus, Recht zu haben. Man braucht eine Beziehung der Stärke, um zu überzeugen. Bevor man wie Petro spricht, muss man handeln.

Ich glaube, wenn Gustavo Petro seinen Diskurs auf das eigene Land umstellt, ist er gut bedient und wird Erfolg haben. Aber so zu tun, als ob Kolumbien als einer von 191 Akteuren es schaffen würde, die muslimische Welt, die Volksrepublik China, die Vereinigten Staaten oder die europäischen Rechten von der Notwendigkeit einer Reform zu überzeugen, halte ich für sehr problematisch. Natürlich müssen wir diese Überzeugungsarbeit leisten. Aber Gustavo Petro muss verstehen, dass es nicht in seinen Möglichkeiten liegt, dies zu erreichen. Er muss dafür sorgen, dass in Kolumbien der Anbau auf legale Weise und dauerhaft zurückgeht, dass eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt wird. Wenn wir danach eine Einigung mit Peru und Bolivien erzielen, ist das ein kleiner, realistischer Schritt. Aber wir dürfen keine Konfrontation und keinen Konflikt heraufbeschwören, mit dem wir dann im Alltag nicht mehr umgehen können.

Peru befindet sich seit einigen Jahren in einer akuten politischen Krise. Wie wirken sich politische Krisen auf die Drogenpolitik aus?

Nur auf eine Weise: Sie lenken von den Problemen ab, die hinter den Drogen stehen: Armut auf dem Land, Ausgrenzung, ungerechte, asymmetrische und unausgewogene internationale Beziehungen.

Estaban Acuña

Übersetzung: Annette Brox

10. Frausein in Peru 2023

Die Gesetze zum Schutz der Frauen sind vorhanden – doch werden sie selten eingehalten. Dazu kommt ein Backlash von Seiten konservativer Politiker.

Weder die Regierung des ehemaligen Präsidenten Pedro Castillo noch die der derzeitigen peruanischen Präsidentin Dina Boluarte hatten Gender auf ihrer Agenda. Beide Regierungen haben es versäumt auf den dringenden Bedarf an einer tragfähigen öffentlichen Politik zur Bekämpfung von Femiziden sowie häuslicher und sexueller Gewalt in Peru zu reagieren.

Während der Regierung von Ex-Präsident Castillo wurde das Frauenministerium von zwei Feministinnen, der Soziologin Anahí Durand Guevara (29.7.21-2.2.22) und der NGO-Aktivistin Diana Miloslavich Túpac (8.2.-24.8.22) geführt. Sie hatten beide sehr kurze Amtszeiten (sechseinhalb Monate) und versuchten, die Rechte der Frauenbewegung und ihre Errungenschaften zu stärken. Ein Beispiel für das Bestreben einiger Sektoren, die Errungenschaften rückgängig zu machen, ist der Gesetzesvorschlag eines Abgeordneten, das Frauenministerium in Familienministerium umzubenennen. Der Gesetzentwurf war erfolglos und stieß auf vehementen Widerstand des Frauenministeriums und der Frauenorganisationen. Aber es gab und gibt bis heute noch amtierende Minister, die der häuslichen Gewalt und der Korruption beschuldigt werden. Diana Miloslavich lehnte das vom Kongress verabschiedete Gesetz über das gemeinsame Sorgerecht für Minderjährige ab, weil Kinder damit nicht vor gewalttätigen Vätern geschützt seien. Sie konnte das Gesetz jedoch nicht verhindern.

Der Kongress verabschiedete im Juni 2022 das Gesetz Nr. 31498, um die inklusive Sprache aus den Schultexten und der integralen Sexualerziehung zu entfernen. Dieses konservative Gesetz stellt einen gravierenden Rückschritt für die Rechte von Jungen, Mädchen und Jugendlichen dar, eine qualitativ hochwertige, gleichberechtigte, diskriminierungsfreie und geschlechtsspezifische Bildung zu erhalten und ihr Recht auf umfassende Sexualerziehung zu garantieren.

Rückschritte beim Recht auf Abtreibung

Ex-Präsident Castillo vergaß sein Versprechen aus dem Wahlkampf, sich für die Opfer der Zwangssterilisierungen einzusetzen. Gegenüber dem fundamentalistisch geprägten Kongress kämpft die feministische Bewegung für eine geschlechtersensible Schulbildung und gegen die Abschaffung des Rechts auf Abtreibung, das ohnehin einzig beim Vorliegen medizinischer Gründe gilt. Junge Mädchen, die Opfer einer Vergewaltigung werden, haben kein Recht auf Abtreibung. Sie stoßen auf ein Justiz- und Gesundheitssystem voller rassistischer und von Machismus geprägter Widerstände. Medizinisches Personal weigert sich oft, eine Abtreibung vorzunehmen. Und dies ist kein individuelles Problem, es handelt sich nicht um Einzelfälle.

Die [Vereinten Nationen in Peru](#) berichteten am 21. April 2022, dass jeden Tag 16 Mädchen und junge Frauen Opfer von sexuellem Missbrauch werden. Zwischen 2020 und 2021 stiegen die Fälle von jugendlicher Mutterschaft bei Kindern unter 15 Jahren von 1.158 auf 1.438.

Im Februar 2023 hatte ein zehnjähriges Mädchen, das sexuell missbraucht wurde, eine [Frühgeburt in einem Krankenhaus in Piura](#), bei der sie einem Kaiserschnitt unterzogen wurde. Das Baby starb. Ihr wurde die Abtreibung verweigert, obwohl therapeutische Abtreibung in Peru seit 1924 legal ist.

Gesetze gegen geschlechtsspezifische Gewalt

Perus Gesetze entsprechen den internationalen Standards zur Entwicklung von Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt. Im Jahr 2003 ist das Gesetz Nr. 27942 zur Verhinderung und Bestrafung von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz in Kraft getreten. Aber in öffentlichen Einrichtungen und privaten Unternehmen machen die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen aus Angst vor Stigmatisierung, Arbeitsplatzverlust und Gerichtskosten kaum von diesem Recht Gebrauch. Aber es gibt Ausnahmen. So der Fall des Abgeordneten der Partei *Allianz für den Fortschritt* (APP), der im Juli 2022 von einer Mitarbeiterin des Parlaments [angezeigt wurde](#), nachdem diese in einem der Büros in Jirón Azangaro im Zentrum Limas von ihm vergewaltigt worden war.

Peruanische „Machokratie“

Obwohl die peruanische Regierung im Jahr 2015 das Gesetz Nr. 30364 zur Prävention, Bestrafung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und Familienmitgliedern und das Gesetz Nr. 30314 zur Verhinderung und Bestrafung sexueller Belästigung im öffentlichen Raum verabschiedete, haben die 2016 in Kraft getretene nationalen Aktionspläne bis heute wenig Wirkung gezeigt.

Der Machismus ist so sehr in dem Land verankert, dass die Mehrheit der Männer ihre Partnerinnen als ihr Eigentum betrachten, d.h. sie ohne Skrupel misshandeln, vergewaltigen und sogar töten.

Die „Machokratie“ (María Galindo 2020) übernimmt die öffentlichen Plätze und übt Gewalt gegen Frauen aus, von der Belästigung auf der Straße bis zur Ausübung sexualisierter Gewalt. Pfeifen, aufdringliche Blicke, anzügliche Äußerungen, Gesten, obszöne Witze, Verfolgen oder Bedrängen, sexuelle Aufforderungen, sexuelle Nötigung und Vergewaltigung sind Übergriffe auf die sexuelle Selbstbestimmung der Betroffenen. Es geht bei dieser Form der Gewaltausübung nicht um die sexuelle Befriedigung des Täters. Vielmehr wird Sexualität als Waffe verwendet, um Macht zu demonstrieren und die andere Person zu erniedrigen. Die Täter werden in der Mehrheit der Fälle nicht angezeigt und ihre Taten bleiben ohne strafrechtliche Konsequenzen. Besonders in den Urwaldregionen des Amazonas und in den Anden, wo die Justiz kaum anwesend ist, sind Analphabetinnen, Indigene, andine Frauen und Mädchen sehr von Gewalt betroffen.

Die Koordinatorin des Menschenrechtsprogramms des Frauenzentrums Flora Tristán [wies im November 2022 darauf hin](#), dass von allen Frauen, die in irgendeiner Form von Gewalt betroffen sind, nur 25 % eine Anzeige bei der Polizei oder der Staatsanwaltschaft erstatten, da die Fälle straffrei bleiben und die Justizbeamten kein Einfühlungsvermögen haben“.

Nach Zahlen des Nationalen Zentrums für Epidemiologie, Prävention und Krankheitsbekämpfung ([CDC Peru](#)) aus dem Jahr 2022 sind Fälle von Gewalt häufiger bei erwachsenen Frauen (40,12 %), jungen Frauen (25,55 %) sowie bei alleinstehenden Frauen (43,05 %), in Lebensgemeinschaften lebenden Frauen (36,16 %), Frauen mit Sekundarschulabschluss (26,09 %) und Frauen, die keiner bezahlten Arbeit nachgehen (72,15 %).

Das CDC Peru gab ebenfalls bekannt, dass 83 % der Angreifer männlich sind. 39,94 % haben die Sekundarschule abgeschlossen, 51,57 % haben eine bezahlte Arbeit und 39,23 % haben keine bezahlte Arbeit.

Schließlich stellte [CDC Peru fest](#), dass die häufigste Art von Gewalt psychologischer Natur ist (57,90 %, die in allen Arten von Gewalt vorkommt), gefolgt von körperlicher Gewalt (29,90 %) und Streitigkeiten über Familienangelegenheiten (33,90 %) und Eifersucht (27,30 %).

Die Feministinnen Maria Ysabel Cedano und Tarcila Rivera haben die Situation der Frauen in Peru auch bei einer [Online-Veranstaltung der Infostelle Peru kommentiert](#).

Eine Frau als Präsidentin mit autoritärer Agenda

Präsidentin Dina Boluarte, betont in ihren Reden immer wieder, dass sie die erste weibliche Präsidentin Perus ist. Doch die feministische Bewegung fühlt sich von ihr nicht repräsentiert und bezeichnet sie als erste Diktatorin Perus. Die Präsidentin hat in nur drei Monaten Regierungszeit mehr als 60 Tote, hunderte Verletzte und dutzende Verhaftungen zu verantworten. Sie regiert auf der Grundlage willkürlicher Repression, da sie den Ausnahmezustand und damit die Rechtsstaatlichkeit gebrochen und die Menschenrechte verletzt hat.

Die autoritäre Regierung der Präsidentin Boluarte gleicht einem stillen Bündnis mit einem Kongress, der von der Bevölkerung delegitimiert wurde. Sie reproduziert die gleichen Mechanismen eines patriarchalischen politischen Verhaltens, welches die Aufrechterhaltung der Hierarchien zum Ziel hat. Militarisierung, Gewalt, Tote und die Schrumpfung der öffentlichen Räume für Proteste sind ein Beweis dafür, dass Frausein keine Garantie für die Entwicklung einer feministischen Agenda ist.

Am 6. März 2023 beleidigte und demütigte Bildungsminister Oscar Becerra in seinen Presseerklärungen die Aimara-Frauen, die an den Demonstrationen in Lima für den Rücktritt der Präsidentin Boluarte, die Schließung des Kongresses und die Forderung nach Gerechtigkeit für ihre Toten teilnahmen. Der Minister verglich sie mit Tieren und beschuldigte sie, dass die Kinder, die sie auf ihrem Rücken trugen, „sicher gemietet waren“. Die Frauenministerin hat noch eins daraufgesetzt, als sie darauf hinwies, dass alle Mütter auf die Gesundheit ihrer Kinder achten und sie nicht den Demonstrationen aussetzen sollten. Die Repression ignoriert das Recht der Aimara- und Quechua-Frauen auf politische Teilhabe. Am 7. und 8. März wurden die Aimara- und Quechua-Frauen und Frauen von feministischen Organisationen von der peruanischen Nationalpolizei mit Tränengasbomben angegriffen. Peru hat es mit einem ultra-konservativen Regime zu tun, welches das Recht auf Protest kriminalisiert und eine Anti-Rechts-Agenda für Frauen führt.



Demo "Ni una menos" – Keine darf fehlen ©Teatro Vichama

Maßnahmen gegen häusliche Gewalt

Das Ministerium für Frauen und vulnerable Bevölkerungsgruppen [MIMP](#) bietet seine Dienste gegen geschlechtsspezifische Gewalt über die Zentren für Frauen in Not (**Centros de Emergencia Mujer – CEM**) an. In 2022 bekamen die CEM 154.202 Anzeigen. Davon waren 43% der Anzeigen von psychischer Gewalt (Beleidigungen, Lächerlich-Machen und Anschreien in der Öffentlichkeit, Einschüchterungen, Demütigungen, Drohungen), während 39% der Anzeigen von physischer Gewalt (Ohrfeigen, Faustschläge, Stöße, Tritte, Fesseln, Würgen, Angriffe mit Gegenständen oder Waffen) und 18% von sexueller Gewalt waren. Betroffen waren 33.923 Frauen zwischen 18-29 Jahren und 56.923 Frauen zwischen 30-59 Jahren.

Die Rufnummer 100 ist ein kostenloser Telefondienst und Chat 100 ist ein personalisierter Internetdienst des nationalen Programms gegen häusliche Gewalt und sexuelle Gewalt. 170.780 Telefonanrufe wurden 2022 wegen Gewalt an Frauen [gemeldet](#).

Die 22 Frauenhäuser (**Hogar de Refugio Temporal-HRT**) beherbergen landesweit Frauen, die mit dem Tode bedroht werden. Das bedeutet, dass es im Durchschnitt weniger als ein Frauenhaus pro Region in den insgesamt 25 Regionen Perus gibt. Diese können unmöglich den landesweiten Bedarf decken.

Der Strategieplan (**Estrategia Rural-ER**) zur Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt auf dem Land besteht aus 63 Teams, die in [271 Gemeinden in 48 Provinzen und 23 Regionen Perus](#) tätig sind.

Frauenmorde haben zugenommen

Das grausamste Gesicht der Gewalt gegen Frauen ist der Femizid. Die Gewalt fängt an bei psychischem Druck und reicht von emotionaler Erpressung über körperliche und sexualisierte Gewalt bis hin zu Frauenmorden. Nach dem Bericht [„Was ist mit ihnen passiert?“](#) der staatlichen Ombudsstelle Defensoría del Pueblo fanden im Jahr 2022 in Peru 137 Frauenmorde, ca. 7% mehr als 2021, statt. Alle Opfer wurden entweder von ihren Partnern oder Ex-Partnern ermordet. Dazu kamen 51 gewaltsame Todesfälle und 111 versuchte Frauenmorde.

Einige Frauen sind spurlos verschwunden. Die Vermisstenanzeigen werden von der Polizei selten aufgenommen und die Betroffenen werden nicht regelmäßig gesucht. Die staatliche [Ombudsstelle berichtet](#) von mehr als 5.380 Anzeigen von verschwundenen Frauen im Jahr 2022. Davon betrafen 34% der Anzeigen erwachsene Frauen und 66% verschwundene Minderjährige. Lima, Callao und die Regionen Arequipa, Cusco und Piura haben die höchsten Vermisstenraten.

Wo sind die verschwundenen Frauen und Mädchen, die bis jetzt nicht aufgetaucht sind? Wie viele der verschwundenen Frauen wurden umgebracht oder zur Prostitution gezwungen? Ihre Verwandten haben die Suche in die eigene Hand genommen oder suchen weiter über Dritte.

Manche suchen seit vielen Jahren, in der Hoffnung eines Tages ihre Tochter oder Schwester zu finden.

Forderungen, um die Gewalt gegen Frauen zu stoppen

Die Forderungen der Frauenorganisationen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen in Peru sollen auch von einer [feministischen Aussenpolitik Deutschlands](#) zur Wahrung der Menschenrechte unterstützt werden. Folgende Ziele sind gesetzt:

- 1) Eine länderübergreifende Solidarität, dass Frauen überall ihre individuellen und kollektiven Rechte erhalten und Zugang zum Rechtssystem haben. Neben der Solidarität zählt auch die Wachsamkeit der deutschen Frauenbewegung: Wohin fließen Gelder der Entwicklungszusammenarbeit? Wem nützen sie? Kommen gut ausgestattete Programme tatsächlich bei den betroffenen Frauen in den indigenen Gemeinden an oder sorgen sie nur für gute Löhne von Mitarbeiter*innen in den Provinzhauptstädten?
- 2) Finanzierung von Zufluchtshäusern für Frauen und Mädchen, die von häuslicher und sexualisierter Gewalt betroffen sind.
- 3) NEIN zu Frauenmorden! NEIN zur Gruppenvergewaltigung! Anklage gegen die Täter sollen von der Justiz schneller bearbeitet, verurteilte Täter zeitnah bestraft werden.
- 4) Die Notdienstzentren/Servicio de Atención Urgente (SAU) und Zentren für Frauen in Not/Centro de Emergencia Mujer (CEM) sollen in allen Regionen Perus personell und finanziell ausgebaut werden.
- 5) Aufnahme der Aufklärungsarbeit in das nationale Schulprogramm, Unterricht zum Thema Sexualität sowie über häusliche und sexualisierte Gewalt gegen Frauen.
- 6) Kostenloser Schwangerschaftsabbruch bei Vergewaltigung für Mädchen unter 16 Jahren.
- 7) Konsequente Registrierung und Nachverfolgung von verschwundenen Frauen durch die Polizei.
- 8) Fortbildungen für Richter*innen, Staatsanwält*innen, Polizeibeamt*innen, Gerichtsmediziner*innen durch Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen, insbesondere um sie für das Thema häusliche und sexualisierte Gewalt gegen Frauen zu sensibilisieren.

Dr. Norma Driever, Vorstandsfrau der Informationsstelle Peru e.V.



Foto: Birgit Felleisen, Nepal Dialogforum

11. Feministische Entwicklungspolitik mit Potential

IAN Fachgespräch zu feministischer Entwicklungspolitik

Feministische Entwicklungspolitik hat das Potential, wesentlich zur weltweiten Stärkung von Geschlechtergerechtigkeit beizutragen – wenn sie menschliche Sicherheit in den Fokus stellt, eine intersektionale Perspektive einnimmt, koloniale Muster und Machtverhältnisse überwindet und auf wirksame Repräsentanz und echte partizipative Prozesse setzt.

Das Bündnis Internationale Advocacy Netzwerke (IAN), in dem die Infostelle Peru Mitglied ist, hat in einem gemeinsamen [Diskussionspapier](#) Erwartungen zur feministischen Entwicklungspolitik in 13 Ländern aufgezeigt und am 2. März 2023 in einem Parlamentarischen Frühstück mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages diskutiert.

Die Mitgliedsorganisationen von IAN arbeiten seit vielen Jahren mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen aus Afrika, Asien und Lateinamerika zusammen. Die Initiative zur feministischen Ausrichtung der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik findet in diesem Kreis breiten Zuspruch. Auch viele internationale Partnerorganisationen von IAN-Mitgliedern in Asien, Afrika und Lateinamerika begrüßen den angestoßenen Prozess und hoffen auf einen transformativen Politikansatz, der ihre feministischen Positionen und Erfahrungen einbezieht.

Einen Tag vor dem Parlamentarischen Fachgespräch stellte das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit seine [Strategie für eine feministische Entwicklungspolitik](#) vor.

Die Abgeordnete und Schirmherrin unserer Veranstaltung, Frau Deborah Düring (Bündnis 90/Die Grünen) nannte dies einen großen Meilenstein für die deutsche Entwicklungspolitik und begrüßte den damit einhergehenden Schritt, sich den Themen zu kolonialen Kontinuitäten, Rassismus,

Klassenfragen und geschlechtsspezifischen Ungleichheiten anzunehmen. Im Fachgespräch berichteten unsere Partnerinnen aus Ländern des Globalen Südens, wie dem Tschad, Kambodscha oder Kolumbien über die Situation vor Ort und gaben Anregungen und Beispiele, wie die deutsche feministische Entwicklungspolitik einen Beitrag zur globalen Geschlechtergerechtigkeit leisten könnte.

Einen ausführlichen Bericht über die Veranstaltung gibt es [hier](#).

Im Internationalen Advocacy Netzwerk arbeiten zusammen: Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen, Bangladesch-Forum, Dalit Solidarität in Deutschland, Fokus Sahel, Informationsstelle Peru e.V., kolko – Menschenrechte für Kolumbien e.V., Kooperation Brasilien KoBra e.V., Nepal-Dialogforum, North East India Forum (neif), Ozeanien-Dialog, Sri Lanka Advocacy, Stiftung Asienhaus, Watch Indonesia! e.V. und Westpapua-Netzwerk

Kathrin Sommerfeld

12. EU-Lieferkettengesetz: Jetzt kommt's drauf an

Zum Mitmachen: Kampagne #WiesoWeshalbWarum

In Brüssel wird gerade heftig um das EU-Lieferkettengesetz gerungen. Ob es eine starke Handhabe gegen Ausbeutung und Umweltzerstörung in Lieferketten europäischer Unternehmen wird, hängt davon ab, wie das Gesetz ausgestaltet ist. Vertreter*innen der Europäischen Volkspartei wollen das Gesetz abschwächen. Viele ihrer Vorschläge haben sie dabei von Wirtschaftsverbänden übernommen, teilweise sogar wortwörtlich abgeschrieben – um aus dem Lieferkettengesetz ein Konzernlobbygesetz zu machen.

Am 30. November 2022 hatten sich die EU-Mitgliedstaaten auf eine gemeinsame Position zum Kommissionsvorschlag vom Februar 2022 geeinigt. Doch der EU-Ratsbeschluss fällt in vielen Punkten hinter diesen zurück. Und ein Großteil dieser Verwässerungen geht auf die deutsche Bundesregierung und eine interne „Weisung“ vom September 2022 zurück.

Schon bald wird im Europaparlament über das EU-Lieferkettengesetz entschieden. Der federführende JURI-Ausschuss stimmt am 24./25. April ab. Die finale Abstimmung im Plenum soll voraussichtlich am 30./31. Mai stattfinden. Deshalb kommt es jetzt darauf an, EU-Abgeordnete davon zu überzeugen, dass das Gesetz nicht verwässert werden darf.

Dazu hat die Initiative Lieferkettengesetz zur europaweiten Aktionswoche vom 22. April bis 01. Mai die neue **Kampagne #WiesoWeshalbDarum** geplant. In ganz Europa werden in diesem Zeitraum Veranstaltungen und Aktionen zum EU-Lieferkettengesetz stattfinden. Wir möchten euch dazu einladen, mitzumachen und aktiv zu werden!

Die Initiative stellt fürs Mitmachen auch neues Material zur Verfügung, das [hier](#) kostenlos bestellt werden kann:

- 4 Poster – vorne mit einem guten Grund und tollem Bild, hinten mit den wichtigsten Infos zum Thema und zum EU-Lieferkettengesetz,
- Ein Postkarten-Set zum Versenden an Abgeordnete und alle anderen, die vom Lieferkettengesetz erfahren sollen – natürlich auch zum Auslegen und an die Wand pinnen,
- und Mitmachpostkarten, auf denen wir alle unsere besten Gründe für ein Lieferkettengesetz aufschreiben können – schon fertig mit einem Anschreiben an Europa-Abgeordnete versehen, um sie dazu zu motivieren, für ein starkes Lieferkettengesetz zu stimmen.



© Initiative Lieferkettengesetz

Auch für Peru ist ein wirksames Lieferkettengesetz wichtig. Bitte beteiligen Sie sich/beteiligt Euch an der Kampagne!

Alle wichtigen Informationen zum EU-Lieferkettengesetz und zur Kampagne gibt es [hier](#).

Annette Brox

13. Ankündigungen und Hinweise – April 2023

Peru-Seminar 2023

Peru: Wege aus der Dauerkrise?

Wochenend-Seminar vom 5. bis 7. Mai 2023

Tagungshaus St. Georg Köln und online

Die politische Dauerkrise hat sich aktuell zugespitzt, ein Ende ist nicht in Sicht. Dabei geraten die anderen Krisen in Peru in den Hintergrund, obwohl sie ebenso bedrohlich sind: Klimakrise, soziale Krise, Gesundheitskrise, Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen.

Beim Peru-Seminar werden wir die verschiedenen Krisen im (globalen) Zusammenhang betrachten und ihre Hintergründe beleuchten. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf die Suche nach Wegen aus der Krise. Welche Lösungsansätze gibt es im Land, welche auf globaler Ebene?

Indigene Konzepte und Initiativen zeugen von einem ganzheitlichen Verständnis des Zusammenlebens von Natur und Mensch. Wir stellen solche Konzepte vor und überlegen, inwieweit sie einen Weg aus den globalen Krisen aufzeigen können.

Wir diskutieren, welche Rolle die peruanische Zivilgesellschaft in der politischen und sozialen Krise spielt und spielen sollte. Globale Krisen brauchen aber auch globale Lösungsansätze: Internationale Abkommen und Gesetze sind wichtige Instrumente, um Menschen- und Umweltrechte in Peru besser schützen zu können. Wir stellen die wichtigsten vor und diskutieren Strategien, wie wir uns besser für deren Umsetzung einsetzen können.

Mit Vorträgen, Podiumsdiskussionen, interaktiven Methoden und Arbeitsgruppen bieten wir viele Inputs und ebenso viel Raum für Diskussion und Austausch.

mit:

- Pilar Arroyo, Instituto Bartolomé de las Casas, Lima
- Antonio Zambrano, Politologe, Ex-Direktor der Klimaschutzbewegung Mocicc
- Vanessa Schaeffer, Umweltschützerin, Erzdiözese Freiburg/Infostelle Peru
- Mattes Tempelmann, Berater für Bergbaufragen, MISEREOR
- Carlos Taipe, ADECAP (Asociación de la Defensa y del Desarrollo de las Comunidades Andinas del Perú), Peru
- Paul Maquet, CooperAcción, Lima

- Fabiola Torres, Salud con Lupa, Lima
- Alexander Shimpukat, Künstler und Aktivist vom Volk der Shipibo

Das komplette Programm gibt es [hier](#).

Deutsch und Spanisch mit Übersetzung ins Deutsche.

Das Seminar findet in hybrider Form statt. Welche Programmpunkte auch online stattfinden, ist im Programm vermerkt.

[Hier geht's zur Anmeldung.](#)

Peru: Politische Krise und indigener Widerstand

Mittwoch, 26. April 2023, 19 Uhr

online auf Zoom

Die aktuelle politische Krise in Peru hat bisher 67 Menschenleben gekostet, die meisten von ihnen starben durch staatliche Gewalt. 1335 Personen wurden verletzt. Die Infostelle Peru hat seit Beginn der Proteste regelmäßig über die politische Krise berichtet.

Was hat sich geändert in den letzten Wochen? Was setzt sich fort? Die Proteste sind weniger geworden, die Frustration dagegen nicht. Das Parlament hatte im März 2023 gerade einmal sechs Prozent Zustimmung in der Bevölkerung, Präsidentin Boluarte 15 Prozent. Vorgezogenen Neuwahlen – die Hauptforderung der Protestierenden – lehnt der Kongress ab. Im Epizentrum der Proteste, in der Region Puno, wird weitergekämpft. Angeführt werden die Proteste von indigenen Aymaras.

Um die Situation und die Führungsrolle der Indigenen bei den Protesten zu verstehen und zu analysieren, sprechen wir mit

- **Edith Calisaya Calamollo**, OMABASI (Organización de Mujeres Aymaras Bartolina Sisa de la provincia de Chucuito), Juli, Puno
- **Jacqueline Fowks**, freie Journalistin, Lima

Spanisch mit Simultanübersetzung ins Deutsche.

[Hier geht's zur Anmeldung.](#)

Podcast von PowerShift: Neuausrichtung der deutschen Rohstoffstrategie?!

mit Vanessa Schaeffer von der Infostelle Peru

Anfang Januar hat die Bundesregierung die Eckpunkte zur Erweiterung der deutschen Rohstoffstrategie vorgestellt. Neben verbindlichen Recyclingquoten, Nachhaltigkeitsstandards und einem Rohstoff-Fond, nimmt sie dabei erstmals auch auf die Rolle des Bergbaus für die Klimakrise Bezug. In der Podcast-Folge wird das Papier genauer unter die Lupe genommen. Die Rechtsanwältin Vanessa Schaeffer Manrique berichtet aus Peru, was der Bergbau für die Menschen in den Abbauregionen bedeutet.

Den 18minütigen Podcast kann man hier anhören:

<https://power-shift.de/media/podcast-nr-38-neuausrichtung-der-deutschen-rohstoffstrategie/>

Erklärvideo zur politischen Situation in Peru

Die Situation in Peru ist seit Wochen extrem angespannt: Der Präsident des Landes wurde entmachtet, die neue Übergangsregierung geht brutal gegen Demonstranten vor. Eine wichtige Rolle dabei spielen kulturelle Konflikte – und Missstände, deren Folgen aus Auswirkungen auf uns in Deutschland haben können. MrWissen2go erklärt in einem 14minütigen Video die aktuelle Situation und die Hintergründe. Gut geeignet zur Einführung mit Menschen, die wenig über Peru wissen.

<https://www.youtube.com/watch?v=-2oyXMAr-8Y>

EU-Mercosur-Abkommen verhindern

Das Jahr 2023 wird entscheidend für die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der EU und den vier Mercosur-Ländern (Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay). Das Abkommen hat negative Auswirkungen auf das Leben und die Umwelt beiderseits des Atlantiks. Während

der Präsidentschaft von Jair Bolsonaro in Brasilien lag es auf Eis. Mit der Amtsübernahme von Lula da Silva hat sich der Wind gedreht. Sowohl auf EU-Seite als auch in den vier Mercosur-Ländern, arbeiten die Regierungen daran, das viel diskutierte Abkommen bis Ende des Jahres zur Unterschriftsreife zu bringen. Das Netzwerk Gerechter Welthandel will das verhindern. Warum, dazu gibt es auf der Webseite des [Netzwerks](#) und von [PowerShift](#) ausführliche Informationen.

Zur Unterstützung der Proteste gibt es mehrere Möglichkeiten, z.B. eine Videoaktion: Videos brasilianischer Aktivist*innen, die sich gegen das EU-Mercosur-Abkommen aussprechen <https://we.tl/t-wXrujh0zy> (mit dt. Untertiteln), können weiter verbreitet werden.

Weitere Videos werden ab dem 26.4. hinzukommen. Auf dem Twitterkanal von PowerShift (https://twitter.com/PowerShift_eV) werdet ihr fündig und dürft gerne fleißig retweeten.

Außerdem gibt es eine Email-Aktion von Greenpeace an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck: <https://greenwire.greenpeace.de/giftvertrag-stoppen>

Und das Netzwerk ruft dazu auf, E-Mails an die Bundestagsabgeordneten der Grünen zu schicken, die sich am 25.4. treffen, um über das EU-Mercosur-Abkommen zu beraten. Alle E-Mails der Grünen-Abgeordneten gibt es hier: <https://www.gruene-bundestag.de/abgeordnete>

14. ISP-News April 2023

Deutsche Waffen, die Mitgliederversammlung und der Jahresbericht der Infostelle Peru

IAN Fachgespräch zu feministischer Entwicklungspolitik

Das Bündnis Internationale Advocacy Netzwerke (IAN), in dem die Infostelle Peru Mitglied ist, hat in einem gemeinsamen [Diskussionspapier](#) Erwartungen zur feministischen Entwicklungspolitik in 13 Ländern aufgezeigt und am 2. März 2023 in einem Parlamentarischen Frühstück mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages diskutiert.

Die Mitgliedsorganisationen von IAN arbeiten seit vielen Jahren mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen aus Afrika, Asien und Lateinamerika zusammen. Die Initiative zur feministischen Ausrichtung der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik findet in diesem Kreis breiten Zuspruch. Auch viele internationale Partnerorganisationen von IAN-Mitgliedern in Asien, Afrika und Lateinamerika begrüßen den angestoßenen Prozess und hoffen auf einen transformativen Politikansatz, der ihre feministischen Positionen und Erfahrungen einbezieht.

Einen Tag vor dem Parlamentarischen Fachgespräch stellte das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit seine [Strategie für eine feministische Entwicklungspolitik](#) vor.

Einen Bericht über die Veranstaltung gibt es [hier](#).

SigSauer-Pistolen beim Polizeieinsatz in Juliaca

Die peruanische Zeitschrift Hildebrandtensustrece veröffentlichte am 24. Februar 2023 in dem Artikel „Dispararon a matar“ von Américo Zambrano und Shanna Taco Polizeidokumente mit

Angaben über die Waffen, welche der peruanischen Polizei in Juliaca am 09. Januar ausgehändigt wurden. Am selben Tag wurden in Juliaca bei Protesten gegen die Regierung mindestens 16 Zivilpersonen erschossen. Die ISP wollte es genauer wissen und hat recherchiert, woher die Pistolen geliefert wurden. Da SigSauer seine Produktion in Deutschland schon vor Jahren eingestellt hat, ist es wahrscheinlich, dass die Waffen aus den USA stammen. Um sicher zu gehen, dass es keine Waffen aus Deutschland waren, mit denen die Polizei die Demonstrierenden erschossen hat, haben wir eine Anfrage an die Deutsche Botschaft und an das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz gestellt.

Sollten wir Antwort erhalten, werden wir hier darüber berichten.

Mitgliederversammlung am 16. Mai

Unsere Mitgliederversammlung findet am 16. Mai um 19 Uhr online statt. Bei Interesse steht sie auch Nichtmitgliedern offen. Dazu bitte eine Mail an info@infostelle-peru.de schicken.

Jahresbericht 2023

Unser Jahresbericht 2022 ist fertig und kann [hier](#) gelesen und heruntergeladen werden.

Impressum

Sie können den Newsletter bestellen über die Webseite der Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an newsletter@infostelle-peru.de

Redaktion: Hildegard Willer, Heinz Schulze, Annette Brox

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt und von Caritas international.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor und Caritas international, vom Referat Weltkirche der Erzdiözese Freiburg, von der Christlichen Arbeiterjugend Freiburg sowie von zahlreichen Mitgliedern und Spender*innen.